

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nummer 419.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nummer 419.

„Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Große Allee 35/37, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich **MT. 1,60.** Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069 a 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum **15 Pfennige**, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur **10 Pfennig**, auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inzerate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Morgens in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 55.

Donnerstag, den 5. März 1896.

3. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Zur Frage des Wollzoll.

II.

Im deutschen Reiche ist der Schafstand seit den sechziger Jahren um die Hälfte, um 51,5 Prozent zurückgegangen. Man zählte 1873 24,999,406, 1892 13,589,612 Schafe. Am stärksten wurde in den sechziger Jahren, wo der Sessionskrieg zwischen den Nord- und Südstaaten der Union die Baumwollzufuhr jahrelang erschwerte und die Baumwolle vertheuerte, die Nachfrage nach Wolle also in der Textilindustrie sich außerordentlich steigerte, die Schafzucht betrieben in Pommern, Posen, Schlesien, Brandenburg, Hannover, Sachsen, Westfalen, in Mecklenburg, Weimar, Braunschweig, den thüringischen Staaten und im Königreich Sachsen. Es beträgt die prozentuale Abnahme der Schafhaltung seit den sechziger Jahren bis 1892 in Pommern 39,7, in Posen 61,1, in Schlesien 75, im Königreich Sachsen (1873 : 206,833, 1892 : 105,194 Schafe) 71,7 Prozent.

An der Stelle der Schafhaltung ist in vielen Bezirken die intensive Wirtschaft getreten, der Viehtrieb oder aber die Rindviehhaltung. In anderen Fällen ist das Wollschaf durch das Fleischschaf ersetzt worden, so in der Provinz Sachsen, so im Thüringischen, wo der bekannte Landwirth von Nathusius-Pundisburg schon in den sechziger Jahren das Fleischschaf eingeführt hat, ferner in der Provinz Preußen, in Schlesien, kurz überall da, wo gute Futterverhältnisse vorhanden sind. In den Gegenden freilich, wo knappe oder abwechselnd knappe und ausgiebige Weiden sind und eine futternknappe Winterperiode zu bestehen ist, auf trockenem, leichtem Boden, da wird die Wollschafhaltung beibehalten werden müssen.

Was aber würde ein Wollzoll als „kleines Mittel“ für die Nothleidenden bedeuten? Als Schafzüchter kommen in vorbesten Reiche natürlich die Großgrundbesitzer, die Besitzer großer Weidebezirke, die Edelsten und Besten in Betracht.

Höhere Wollpreise ist der Wunsch der Herren, die gern wieder wie früher auf den Wollmärkten ihr „Wollwasser“, den schäumenden Wein der Champagne, in Strömen fließen sehen. Bier, Brodgetreide, Zucker, Branntwein, Butter und Speck, Fleisch und Schmalz, alle Lebensmittel der großen Masse sind zu Nutz und Frommen auch der Junkerschaft verzollt, versteuert, vertheuert. Nun soll auch die Wolle „bluten“.

Die Mehrerinnahme von gewaschener und ungewaschener Wolle aller Art nach Deutschland betrug im Jahrsfrist 1886/90 jährlich 116,9 Millionen kg bei der geringen Ausfuhr von 16,2 Millionen kg und einer heimischen Produktion von 20,4 Millionen kg gewaschener Wolle.

Die deutsche Industrie ist also mit Naturnothwendigkeit auf die ausländische Zufuhr angewiesen. Der Wollzoll erhöht die Wollpreise, die Spinnerei- und Webereibesitzer werden den Importeuren und den deutschen Junkern mehr zahlen müssen, als bisher. Und wer zahlt die Kosten am Ende? Die Arbeiter des Wollgewerbes, deren Zahl 170,000 beträgt, und die große Masse der Verbraucher; auf diese und dann noch auf die Arbeiter wird die Last mit mathematischer Sicherheit abgewälzt.

Wird also den Agrariern ein dauernder Nutzen erwachsen? Mit dem Verfall der Wollindustrie, dem Rückgang des Gewerbes, werden auch die Wollproduzenten sehr übel fahren, und der kurzen Herrlichkeit folgt ein langer Miskermittwoch. Aber das vertrackende Junkerthum gefällt sich ja in dieser Abenteuerpolitik des Wollhandels und Wollhandels. Wie ging es denn in den sechziger und siebziger Jahren in Amerika? 1861 wird dort der Rohwollzoll wieder hergestellt; während des Bürgerkrieges und danach neue Erhöhungen. 1870 sind die besseren Wollen mit 12 Cent (1 Cent gleich 4 Pfg.) und 10 Prozent des Werthes belastet. Und der Erfolg? Die hohen Rohwollzölle haben nicht nur die Industrie, sondern auch die eigenen und fremden Produzenten des Rohstoffes schwer geschädigt. Die ausländische Wolle war von Amerika damals so gut wie ausgeschlossen, strömte nach Europa, überfüllte dessen Märkte und fiel stark im Preise. Den Nutzen zogen die europäischen Fabrikanten, die amerikanischen Unternehmer verfielen.

Und es läßt sich zahlenmäßig erweisen, daß der Schutz Zoll in Nordamerika den Preisrückgang der Wolle nicht gehindert hat.

Gesetzt aber, durch einen Wollzoll stiege der deutsche Wollpreis zuerst, so wird eventuell eine Produktionssteigerung, ein stärkeres Angebot eintreten, und der Preisrückgang kommt dann um so schneller. Dann hätten wir einen künstlich großgezüchteten Produktionszweig, der nur in Folge der Unrentabilität der Wollproduktion künstlich erhalten werden könnte und nach immer neuen Liebesgaben riefte, gerade so wie die Zuckerindustrie von heute.

Welche Wirkungen aber hätte ein Wollzoll für die deutsche Wollindustrie? Unsere Wollausfuhr ist stetig gewachsen. Wir exportirten 1860 10,000 Tonnen Zeug, 1350 Tonnen Garne, im Jahre 1894 8589 Tonnen Wollengarn, 3479 Tonnen Strumpfwaren, 762 Tonnen Posamentier- und Knopfmacherwaren, 19,297 Tonnen Tuch- und Zeugwaren unbedruckt.

Wird diese blühende Ausfuhr durch die Wollzollpolitik geschädigt, so werden nicht bloß die 170 000 Arbeiter der Wollindustrie, sondern auch die zahlreichen Schneider und Strumpfstriker, sowie die in der Konfektion Beschäftigten in ihrem Erwerb verhängnisvoll geschädigt. Zahlreiche Betriebe müßten eingestellt, viele Tausende von Händen freigesetzt werden. Die Zahl der Arbeitslosen wüchse, das Elend verschärft sich.

Die Verbraucher könnten in ihrer Mehrheit die vertheuerten Wollwaren nicht mehr kaufen, die Produktion müßte eingeschränkt werden. Das Publikum müßte noch mehr als bisher sich den gemischten Stoffen zuwenden, die deutschen Konsumenten würden für geringe Waare höhere Preise zahlen. Denn mit dem Steigen der Wollpreise hielte der Schoddypreis gleichen Schritt, die Kunstwolle vertheuerte sich gleichfalls. In der Kunstwollindustrie, wenn sie auch sich erweitert, fände aber die Masse der außer Brot geworfenen Wollindustriearbeiter nie und nimmer Aufnahme. Ihr Markt für diese gemischten Stoffe bliebe beschränkt, das Ausland konsumirt die von der außerdeutschen Industrie billiger erzeugten wollenen Stoffe.

Schon taucht der Reichstagsantrag, die preussische Regierung möge im Bundesrath für die Erhöhung des Einfuhrzolles auf gekämmte Wolle von 2 auf 20 Mark für den Doppelzentner wirken, wieder auf, so auch jetzt, wo Herr von Dieß-Daber im Zirkus Busch seine Freunde für die Erneuerung dieses Antrages gewonnen haben soll. Im Reichstage aber hatten die Konservativen vor nicht ganz zwei Jahren in Form eines besonderen Gesetzes die Einführung eines Zolles auf Wolle und Lumpen beim Reichstage beantragt, und zwar verlangte sie für ungewaschene Wolle 25 Mt., gewaschene 50, entfettete Wolle 75, gekämmte 20, für Lumpen und aus Lumpen hergestellte Wollsurrogate 25 Mt. der Zentner.

Und das bekannte Zentrumorgan, die „Kölnische Volkszeitung“, plädiert bereits für einen „wirksamen Zollschutz der deutschen Wollzucht“. Herr Bache von der „Kölnischen Volkszeitung“ und seine Freunde beifern sich jetzt, den katholischen Agrariern von Voß und Genossen, mit denen sie in Fehde liegen, den Rang in „Bauernfreundlichkeit“ abzulaufen.

Nur einen sehr kleinen Bruchtheil der Landwirthe, und unter diesen die durch die Liebesgabenpolitik gestützten Agrarier, trifft der Wollpreisrückgang. Ein Wollzoll aber nützt den Wollproduzenten auf die Dauer nichts, er schädigt die Industrie, bedroht zahlreiche Arbeitergruppen und die Konsumenten.

Die Lösung lautet: Kein Wollzoll!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Für ein Kartell zwischen Landwirtschaft und Industrie machen zum lausendsten Male die „Hamburger Nachrichten“ Reklame. Der Gedanke findet bei der „D. Tages-Ztg.“ auch Gegenliebe. „Wir würden eine Erneuerung des alten Verhältnisses mit Freuden begrüßen“, echot das Bündlerorgan. — Die Kartellherrlichkeit ist ein für allemal dahin und sie wird nie wiederkommen; das diene den „Hamb. Nachr.“ und der „T.-Ztg.“ als Tröstung.

Vom Landesverrathsprozess wider Schoren und Gen., der hinter verschlossenen Thüren gegenwärtig vor dem

Reichsgericht in Leipzig verhandelt wird, erfahren wir noch:

Zur Erledigung der Beweisaufnahme sind als militärische Sachverständige die Herren Major Eberhardt, Deßmann und Brandt aus dem Kriegsministerium, außerdem 17 Zeugen geladen, darunter auch die Geliebte Schorens, die Schneiderin Margarethe Richter aus Magdeburg, die laut weinend am Montag den Saal betrat. Schoren wird nach dem Eröffnungsbeschluss beschuldigt, in der Zeit vom 27. Juli 1893 durch drei selbstständige Handlungen versucht zu haben, sich in den Besitz von Schriften, Zeichnungen und anderen Gegenständen gesetzt zu haben, deren Geheimhaltung im Interesse der Sicherheit des deutschen Reiches geboten sei um von den erlangten Mittheilungen anderen Regierungen gegenüber Gebrauch zu machen. Pfeiffer soll in zwei selbstständigen Handlungen vorzüglich Schriften, Zeichnungen und andere Gegenstände sich zu dem Zwecke verschafft haben, um sie in den Besitz anderer gelangen zu lassen, obgleich er wußte, daß dadurch die Sicherheit des deutschen Reiches gefährdet werde. Paul Ringbauer soll sich des gleichen Verbrechens wie Pfeiffer in drei selbstständigen Handlungen schuldig gemacht haben, Verbrechen nach § 1 Absatz 3, § 3 des Gesetzes vom 27. Juli 1893, betreffend den Verrath von militärischen Geheimnissen, und die §§ 43 und 47 des Reichsstrafgesetzbuches.

Der Vorsitzende, Senatspräsident v. Wolff, machte die Angeklagten und deren Verteidiger darauf aufmerksam, daß auch die §§ 2 und 4 des Gesetzes vom 27. Juli 1893 Anwendung finden könnten, und daß in den Thaten der Angeklagten eine fortgesetzte Handlung erblickt werden könne. Auf Antrag des Oberreichsanwalts Hamm wurde, wie bereits gemeldet, für die Dauer der Verhandlung die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Im Saale verblieben der Dolmetscher Beyern, die militärischen Sachverständigen, Polizeirath Zahn aus Straßburg und als Richterstatter des preussischen Kriegsministeriums Hauptmann Dahne. Der Prozeß dürfte vor Donnerstag nicht zu Ende gehen.

Die Paragraphen auf Grund deren die Anklage erhoben ist, lauten:

§ 1. „Wer vorzüglich Schriften, Zeichnungen oder andere Gegenstände, deren Geheimhaltung im Interesse der Landesverteidigung erforderlich ist, in den Besitz oder zur Kenntniss eines Anderen läßt, wird, wenn er weiß, daß dadurch die Sicherheit des deutschen Reiches gefährdet wird, mit Zuchthaus nicht unter zwei Jahren bestraft, neben welchem auf Geldstrafe bis zu fünfzehntausend Mark erkannt werden kann. Sind mitwiderumstände vorhanden, so tritt Festungshaft nicht unter 6 Monaten ein, neben welcher auf Geldstrafe bis zu zehntausend Mark erkannt werden kann.“ § 3. „Wer vorzüglich den Besitz oder die Kenntniss von Gegenständen der im § 1 bezeichneten Art in der Absicht sich verschafft, davon zu einer der Sicherheit des deutschen Reiches gefährdenden Mittheilung an Andere Gebrauch zu machen, wird mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren bestraft, neben welchem auf Geldstrafe bis zu zehntausend Mark erkannt werden kann.“

Die Gesetzgebungsdeputation der Zweiten sächsischen Kammer hat den Bericht über ihre Verhandlungen und Beschlüsse bezüglich der Wahlrechtsvernichtungsvorlage, genannt „Wahlreformvorlage“, fertiggestellt und an das Plenum der Kammer übergeben. Die Deputationsmehrheit, 8 Mitglieder, beantragt, die Kammer wolle der Vorlage in ihrer nunmehrigen Gestalt endgiltig zustimmen. 2 Mitglieder der Deputation, die Abgeordneten Dr. Minckwitz und Preibisch, erstatten besonderen Widerberichtsbericht und beantragen, die Kammer wolle dem vorliegenden Gesetzentwurf ihre Zustimmung versagen. Der Mehrheitsbericht schließt sich würdig dem Gebahren der Kammermehrheit in der ganzen Wahlrechtsfrage an. Von Beibringung irgendwelcher ernsthaften Begründung keine Rede. Nicht einmal ein Versuch, die großen Rechtsfragen, die hier gestellt sind, eingehend zu untersuchen. Abwesenheit jeden tieferen Verständnisses der sozialen Probleme, welche unsere Zeit bewegen. Mit jeder Bündigkeit wird nur gesagt, daß die Sozialdemokratie „Alles umstürzen“ wolle und stets im Wachsen sei — diese sozialpolitische Weisheit genügt zur „Begründung“ der „Nothwendigkeit“, das schmachliche indirekte Dreiklassenwahlrecht einzuführen, durch welches 80 pCt. des sächsischen Volkes der Willkür von 20 pCt. der Reichen ausgeliefert werden würden! Bezüglich der Erklärungen, Resolutionen und Proteste, welche eingegangen sind, wird von der Mehrheit der Deputation beantragt, sie auf sich beruhen zu lassen; diejenigen eingegangenen Petitionen, welche den in der Kammeritzung vom 30. Dezbr. 1895 abgelehnten Antrag der Abgeordneten Fräßdorf und Genossen wieder aufgenommen haben wollen, sollen für

unzulässig erachtet werden. Sämtliche Eingaben sollen an die Erste Kammer weitergegeben werden.

Zu Marinekreisen ringen, so wird der „Köln. Volkszeitung“ geschrieben, zwei Strömungen, eine extreme und eine gemäßigte, um die Herrschaft. Als Haupt der gemäßigten Richtung gilt der Marine-Sekretär Hollmann, als Führer der Flotten-Enthusiasten der Chef des Marine-Kabinetts des Kaisers, Frhr. v. Senden-Bibram. Dennoch ist zu bezweifeln, daß der letztere Herr mit jener Marine-Fronde sympathisiert, die nach Aussage des Regierungsraths Hugenberg den Sturz des Reichskanzlers bezweckt, um ihre tatsächlichen unerlösten Flottenpläne ins Werk zu setzen. Mit den Leuten vom altdeutschen Verband, deren einziger Ehrgeiz es zu sein scheint, Leute wie Devoulode und Stobelsky zu kopieren, läßt sich keine praktische Politik treiben. Phantasten und Schwärmer giebt es überall; wehe aber dem Staate, den sie ihrem Einfluß unterwerfen! — Uns will scheinen, so meint die „Fr. Ztg.“, als ob die Schilderungen des Herrn Hollmann als Haupt einer „gemäßigten Richtung“ darauf berechnet ist, die großen Neuforderungen Hollmanns in dem diesjährigen Marineetat zu unterstützen.

Geen Hammerstein ist die Voruntersuchung abgeschlossen. Die Akten sind der Staatsanwaltschaft zur Erhebung der Anklage zugestellt worden. Hammerstein ist in vollem Umfange — die Unschuldigung des Verbrechens wider keimendes Leben ist fallen gelassen — geständig. Es sollen nur wenige Zeugen geladen werden.

Dem Kanzlerstürzer im Nebenamt, Regierungsrath Hugenberg, tritt Prof. Hasse im „Leipz. Tageblatt“ entgegen. Hugenberg hatte bekanntlich behauptet, ein höherer Marineoffizier habe dem Vorsitzenden des Altdeutschen Verbandes, Professor Hasse, versichert, „in maßgebenden Kreisen“ traue man dem Reichskanzler hinreichende Energie zur Vertretung der geplanten Marineforderung von 200 Millionen nicht zu, deshalb trete im Laufe dieses Jahres noch ganz bestimmt ein Kanzlerwechsel ein. Professor Hasse erklärt nun, daß kein Offizier der Marineverwaltung ihm gegenüber die Forderung von 200 Mill. Mark für Marinezwecke einen Kanzlerwechsel oder Auflösung des Reichstags in Aussicht gestellt habe. Er habe weder Hugenberg, noch sonst jemand gegenüber derartiges behauptet. Nun wird Hugenberg mit der Sprache heraus müssen.

Auf die Anfrage des Professors Delbrück, wie sich König Stumm jetzt zum allgemeinen gleichen geheimen Wahlrecht stelle, läßt dieser durch die „Post“ antworten, er habe nicht die Absicht, eine Aenderung des allgemeinen gleichen Wahlrechtes herbeizuführen, wohl aber halte er es für zweckmäßig, die geheime Abstimmung wieder aufzuheben.

Daß das allgemeine Wahlrecht bei der Abhängigkeit vieler Millionen von Wählern von ihren Arbeitgebern (Staat, Gemeinde, Privaten) ohne geheime Abstimmung nach Lage der Sache völlig wertlos gemacht werden würde, liegt klar auf der Hand.

Oesterreich-Ungarn.

Wien. Bei den Gemeinderatswahlen für den zweiten Wahlkörper erhielten die Liberalen 14, die Antisemiten 32 Sitze. Die Liberalen drängen in der inneren Stadt, in der Leopoldstadt und im Alsergrund durch; die übrigen Bezirke wählten antisemitisch.

Wien. Im Kohlenrevier Währisch-Strau ist die Zahl der streikenden Kohlenarbeiter auf 20 000 gestiegen. Alle Gruben stehen still. Die Eisenwerke des Bezirkes müssen mit Kohle aus Preussisch-Schlesien versorgt werden.

Frankreich.

Der Senat hat bekanntlich eine — von der jetzigen Regierung nicht gebilligte — Vorlage angenommen, welche den Angestellten der Eisenbahnen und der staatlichen Betriebe das Koalitionsrecht entziehen will. Der arbeiterfeindliche Gesetzentwurf wurde besonders damit motiviert, daß in dem Koalitionsrechte der in den öffentlichen Betrieben Beschäftigten eine schwere Gefahr für den Fall eines Krieges liege. Sonntag fand in Paris eine Versammlung von Eisenbahnbediensteten zum Zwecke des Protestes gegen den Senatsbeschluß statt. Unter allgemeinem Beifall wurde eine Erklärung verlesen, daß alle Eisenbahn-Angestellten, wenn während eines Ausstandes ein Krieg ausbräche, auf die erste Kundgebung der Regierung hin sofort die Arbeit wieder aufnehmen würden. Sodann wurde eine Tagesordnung angenommen, in welcher das Verhalten des Senats aufs Schärfste getadelt und an die Deputiertenkammer appelliert wird, dieselbe möge für das unbeschränkte Streik-Recht eintreten.

Spanien.

Ein spanisch-amerikanischer Konflikt? Der Beschluß des Senats der Vereinigten Staaten von Nordamerika, daß die Aufständischen auf Cuba als kriegsführende Macht anerkannt werden sollen, hat in Spanien lebhafteste Aufregung bei allen Chauvinisten hervorgerufen. Während von den Republikanern die Forderungen, welche der Krieg gegen die Kubaner für das spanische Volk mit sich bringt, als Waffe gegen die Regierung ausgenutzt werden, sind die Chauvinisten, auf welche die Regierung sich bisher stützte, jetzt wütend auf die Regierung, weil sie den Krieg nicht mit der nötigen Energie geführt habe. Und Martinez Campos ist natürlich denen nicht immer freundlich gesinnt, die ihn abberufen haben. So steht die Regierung, die jetzt in aller Hast 25 000 Mann frischer Truppen nach Cuba entsenden will, angesichts der Neuwahlen eigentlich in der Luft.

Wie verrückt die spanischen Chauvinisten sind, erhellt daraus, daß sie die Kriegserklärung an die Vereinigten Staaten fordern. Zum Glück ist das bloß lächerlich. In Barcelona haben chauvinistische Madaubrüder dem amerikanischen Konsul die Fenster eingeworfen — das werden sehr theuere Fenster werden für Spanien. Natürlich hat die Regierung sofort in Washington um Entschuldigung gebeten.

Sieben wird aus Washington gemeldet: Das Repräsentantenhaus nahm mit 263 gegen 16 Stimmen die Resolution hinsichtlich Cuba's analog derjenigen des Senats an, worin die Aufständischen als kriegsführende Macht anerkannt werden. Auf die Weiterentwicklung der Dinge auf Cuba darf man nun noch mehr gespannt sein.

Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht des „Lübecker Volksbote“.)

Berlin, 3. März.

Aus dem Reichstage. Auf dem Gebiete der Steuerpolitik ist Eugen Richter ein nicht zu verachtender Gegner der Regierung und des Liebesgaben hungrigen Junkerthums, und so wenig wir sonst mit dem Führer der freisinnigen Volkspartei übereinstimmen, so bornirt sein Standpunkt der Sozialdemokratie gegenüber sein mag, so gern sind wir doch bereit, ihn als Mitkämpfer gegen die agrarischen Staatspräjuden anzuerkennen. Sein gestriger Angriff gegen das jüngste Kind der staatlichen Protektionswirtschaft, die Zuckersteuervorlage, war eine wirksame und geschickte Gruppierung aller der Gründe, die vom Standpunkt der Konsumenten gegen den Entwurf geltend zu machen sind. Wie sehr er mit seiner wuchtigen Kritik der Regierung und den agrarischen und industriellen Herren Zuckerinteressenten in die Quere gekommen ist, darüber wurde ihm heute nach einander quittirt. Die beiden Minister Herr von Hammerstein-Boyten und Graf Posadowsky, hielten lange Reden, die nur der Widerlegung der gestrigen Ausführungen Richters gewidmet waren. Von den beiden Regierungsmännern war Graf Posadowsky heute in der Polemik der lebhaftere. Er sprach in sehr erregtem Tone und suchte so wenigstens durch etwas Temperament über das Bedenkliche seines sachlichen Standpunktes hinwegzuhelfen. Die Rechte unterstützte ihn durch ihren Beifall nach Kräften. Hatte sie es doch auch über sich vermocht, dem Minister für Landwirtschaft, den sie vom Antrag Ranig her mit ihrem intensiven Hass beehrt, lebhaftes Bravo zu spenden, obwohl seine Rede, objektiv betrachtet, herzlich schwach war. Wenn aber Minister den Edelsten der Nation zu Willen sind, dann vergißt das große Herz der Rechte selbst solche Redewendungen wie „gemeingefährliche Agitation.“ Dann können nicht mehr — dann sind ihnen die Minister was. Der Dritte im Bunde gegen Richter war Herr von Buttamer-Plauth. In ihm kamen die maßlosesten Ansprüche der Zuckerinteressenten zum Wort. Er verlangte den puren Fortfall der Betriebsabgabe, damit die Exportprämie den Zuckerbaronen ungeschmälert zu Gute kommt. Ja, er sprach von der Nothwendigkeit, dem Bundesrath die Beifügung zu einer weiteren Erhöhung der Exportprämie zu gewähren, wenn das Ausland die Prämie erhöht. Wir haben in der Exportprämie ein Gegenstück zum Militarismus — auch eine Schraube ohne Ende, die sich immer tiefer in das Fleisch der Steuerzahler einbohrt. In vorgerückter Stunde erst kam für unsere Partei Gen. Boet zu Wort. Er führte den Nachweis, welche Heuchelei darin liege, wenn die Zuckerfabrikanten sich als Freunde des kleinen Rübenbauern hinstellten und auf diese angebliche Interessensolidarität pochten. Gerade die Zuckerfabriken heuten den kleinen Rübenbauer auf das Schlimmste aus — fast so schlimm wie ihre Arbeiter, die wahren Nothleidenden der Zuckerindustrie. Von dem Schicksal dieser Arbeiter entwarf Boet gestützt auf die Berichte der Fabrikinspektoren ein brennendes Bild. Er schloß mit der Versicherung, daß den wirklichen Gewinn aus dieser Vorlage, wie aus der gesamten Politik der Regierung die Sozialdemokratie ziehen werde. Mit einer Rede des Dr. Schäbler, in der die Schaupolitik des Zentrums zum Ausdruck kam, schloß die heutige Verathung, die Morgen fortgesetzt werden wird.

50. Sitzung.

Präsident von Bülow eröffnet die Sitzung um 1 Uhr. Das Haus ist bei Beginn der Sitzung sehr schwach besetzt. Die erste Verathung der Novelle zum Zuckersteuergesetz wird fortgesetzt.

Landwirtschaftsminister Frhr. von Hammerstein schildert zunächst den bisherigen Gang der Zuckersteuergesetzgebung. Diese hat die deutsche Zuckerindustrie zu einer Industrie ersten Ranges gemacht. Europa produziert 4 125 000 Tonnen Rohzucker, davon Deutschland 1 825 000 Tonnen; von diesen sind nur zwei Fünftel für den inländischen Konsum bestimmt. Während in anderen Ländern die Rübenzuckerindustrie eine kapitalistische ist, ist sie das, dank unserer Gesetzgebung, in Deutschland nicht. Die Zuckerindustrie ist vielmehr auf's Engste mit dem Rübenbau verbunden. Aus der Annahme des Gesetzes von 1895 über die Ausreutherhaltung der Prämien geht für mich unwiderleglich hervor, daß der Reichstag sich mit der Regierung darüber einig war, daß ein Gesetz wie das vorliegende gemacht werden müsse, daß es sich also nicht mehr um „ob“, sondern nur um „wie“ handelt. Von 1897 ab hören unsere Prämien auf und unsere Industrie würde der Konkurrenz des Auslandes überliefert sein. Grundätzlich stehe ich durchaus auf dem Standpunkt des Abgeordneten Richter; aber jeder Staatsmann und auch der Reichstag muß mit den gegebenen realen Verhältnissen rechnen. Die Rübenzuckerindustrie und der Rübenbau sind das Rückgrat unserer landwirtschaftlichen Entwicklung geworden. Darum läßt sich kein Gegenatz zwischen Norddeutschland und Süddeutschland konstruieren, wie der Abg. Richter gestern thun wollte. Aber selbst wenn ein solcher Gegenatz, so hat Norddeutschland und Süddeutschland in der Branntweinsteuer vielleicht zu weitgehende Konzeptionen gemacht, so daß es eine Ehrenpflicht Süddeutschlands ist, mit diesen Verhältnissen zu rechnen. Denn wenn

das Rückgrat, der Lebensnerv des ganzen Körpers, leidet, so werden die Folgen am meisten sichtbar werden. Etwa eine Million Morgen sind mit Rüben bebaut; und rechnet Abg. Richter nicht mit dem Umstande, daß nicht jedes Jahr auf jedem Areal Rüben bebaut werden können. (Abg. Richter: Das habe ich ja gesagt!) Bei fünfjährigem Turnus sind also 5 Millionen Morgen an Rübenbau direkt interessiert. Wir haben weiter in Deutschland 405 Zuckerraffinerien, die etwa 405 Millionen kosten. Wenn nun die deutsche Rübenindustrie statt einer landwirtschaftlichen eine kapitalistische würde, wenn namentlich die kleineren Fabriken zu Grunde gehen, welcher Verlust für die landwirtschaftliche Industrie stände da voranschaulich zu erwarten! Allerdings würde diese Vorlage das Pfund Zucker um 4 1/4—5 Pf. vertheuern; aber es kommt doch dabei der Nutzen, den die Rübenzuckerindustrie für die Landwirtschaft hat, in Betracht. An der Zuckerindustrie aber ist ferner auch die Industrie im Allgemeinen, die Maschinenfabriken, die Dampferindustrie, äußerst beteiligt; ebenso steht es mit allen Gewerben fast ohne Ausnahme und mit der Rentabilität unserer Eisenbahnen. Auch die Arbeiterfrage ist in gradezu erorbitanter Weise mit der Rübenzuckerindustrie verknüpft, ebenso die Finanzen des Staates mit seinem hohen Domänenbesitz, der z. B. in Preußen stark mit Rüben bebaut ist. Drei Fünftel unserer Gesamtproduktion sind also für den auswärtigen Markt bestimmt. Nordamerika hat 1895/96 21 Millionen für Zuckerprämien bewilligt, davon 20 Mill für Rübenzucker. Hierzu kommt noch die differentielle Behandlung des deutschen Zuckers durch Nordamerika, um unsere Ausfuhr zu erschweren. Gestern ist mir aber noch ein Bericht zugegangen, wonach ein Senator aus Kalifornien einen Antrag eingebracht hat, den Zoll auf Mohander ebenfalls um 15 Prozent zu erhöhen. Neßling beabsichtigt, auf dem Gebiete des Eisenbahntariffwesens Anpassungen eintreten zu lassen. So bemühen sich alle Länder rund um uns, uns den Markt freitig zu machen. Und da sollen wir nach Ansicht des Abg. Richter die gut geladene Pistole aus der Hand geben und das zu einer Zeit, wo unsere Landwirtschaft sich in einer so kritischen Lage befindet? Nach alledem, was ich ausgeführt habe, glaube ich, daß Jeder, der ein warmes Herz für die Landwirtschaft besitzt, der Regierung die Mittel nicht versagen wird, um die Rübenzuckerindustrie, dieses Rückgrat der Landwirtschaft, vor dem Untergang zu schützen. Ich hoffe daher, daß aus der Kommissionsberatung ein Gesetz hervorgeht, das der gesamten Landwirtschaft zum Segen gereichen wird, allerdings nicht eludierendes Gesetz, sondern ein Kampfgesetz; denn darum handelt es sich. (Beifall.)

v. Buttamer-Plauth (R.): Dem Vorschlage, einer Kommission von 21 Mitgliedern diese Vorlage zu überweisen, stimme ich bei. Man hat uns immer gesagt, wir sollten mit Mitteln kommen, die ausführbar sind. Nun liegt ein solches zum Nutzen der Landwirtschaft vor. Wir hätten aber auch erwarten können, daß die Vorlage überall eine objektive Beurteilung gefunden hätte. Das ist aber seitens des Abg. Richter nicht geschehen. Der Abg. Richter hat es so dargestellt, als ob hier nur wühlende Leute in Frage kämen, die einer Staatshilfe nicht bedürften. Nun, mir sind z. B. drei Fabriken bekannt, an denen zwölf Rübenbauer theilhaftig sind; das können doch sicherlich keine Minister oder Leute sein, die dem Hase nach sehen. Es handelt sich vielmehr vorzugsweise um Bauern, deren Zückeressen wir stets wahrnehmen. (Lachen links.) Uebrigens mag es Landwirthe geben, die diese Vorlage nicht billigen; dann soll man mir Landwirthe nennen, die im Allgemeinen mit der Erhöhung der Ausfuhrprämie nicht einverstanden sind, wie der Abg. Richter meint. Die Haltung des Zentrums bebauern wird, da sie unsere Zuversicht auf das Zustandekommen des Gesetzes erschüttert hat, namentlich soweit es die Ausführungen des Abg. Spahn über die Verbrauchsabgabe betraf. Der Linken will ich noch zurufen, daß es sich hier um die Unterstützung einer vaterländischen Industrie gegenüber dem Auslande handelt. Da müssen doch alle Parteierkenntnisse aufhören. (Lachen und Zurufe links; Beifall rechts.) Ueberhaupt ist diese Ueberzeugung noch nicht durchgedrungen zu sein. Der Redner fährt dann weiter fort, er akzeptire die Prämieerhöhung, die Kontingentierung die er allerdings höher wünsche, und die Betriebssteuer, verwerfe jedoch Namens der Konservativen deren Stachelung.

Schaupolitik Posadowsky wundert sich, daß Richter sich zum Wahrnehmer der Interessen der Landwirtschaft aufwiele! Was habe er ihr je gezeichnet? (Große Heiterkeit.) Die Zuckerindustrie werde keine Warnung also nicht befolgen. Wenn die Landwirtschaft und die Zuckerindustrie den Weisungen des Abg. Richter gefolgt wäre (Heiterkeit): So wäre sie viel besser daran. Ungerheuer, anhaltende Heiterkeit; so wäre sie längst hunger gestorben. (Heiterkeit.) Der Abgeordnete Richter wolle noch die deutsche Landwirtschaft ebenso todt machen, wie die englische es schon sei. Geschmacklos wäre es, wenn er — Redner — Richter ebenso antworten wollte, wie dieser gestern die Regierung angriff. Er habe zwar ein reiches Wissen, nur ziehe er vollkommen falsche Schlüsse daraus. Der Vergleich mit dem Antrag Ranig sei unzutreffend. Auch verheute er vergeblich, Süddeutschland gegen die Vorlage zu alarmieren. Wer es wirklich gut mit der Zuckerindustrie und Landwirtschaft meine, möge also im Verein mit der Regierung die unfruchtbare Wirtschaftspolitik Richters unmöglich machen. (Bravo!)

Boet-Gotha (S.): Wenn man den Reichschatzsekretär von spekulativen Manövern sprechen hört, möchte man glauben, die Kubaner haben ihren Klustand nur angezettelt, um hier die Zuckersteuer zu Falle zu bringen. (Heiterkeit.) Auffallend ist der Eifer, mit dem die Regierung sich gleich an die Arbeit gemacht hat, dem Antrag Ranig zu entsprechen. Bei der Arbeiterschutzgesetzgebung war solcher Eifer nicht zu spüren. Der Zucker ist ein Weltmarktartikel und wie alle anderen Weltmarktartikel all den Krisen und Konditionen des Weltmarktes unterworfen. Der Zucker hatte eine Krise durchzumachen, diese Krise war aber gar nicht so gefährlich, nicht gefährlicher als Krisen in anderen Industrien und Gewerben, zum Beispiel in der Schiffsbauindustrie. Hat sich deshalb etwa ein Minister bereit gefunden, eine Liebesgabe für die Schiffsfabrikanten vorzuschlagen? Der Zuckerindustrie will man aufhelfen und andere Industrien schädigt man dafür doppelt. Zum Beispiel die Leuchtgasindustrie, die erst im Vorjahre eine Erhöhung des Honigzollens auf 30 Mk. erleiden mußte, wird jetzt noch weiter dadurch geschädigt, daß der Honigzoll bis auf 45 Mk. erhöht wird. Der Zucker ist vom Reichs-Gesundheitsamt als notwendiges Nahrungsmittel bezeichnet worden, gestern sind wir allerdings vom Grafen Bismarck belehrt worden, daß Zucker ein Genussmittel ist. Er möge seine Nase einmal in die bekannte Hirschberg'sche Brochüre stecken, dann wird er hoffentlich anderer Meinung werden. Es ist traurig, daß Deutschland, wo so viel Zucker produziert wird, so wenig konsumirt. Der geringe Konsum liegt aber an den hohen Preisen und ich bin gar nicht der Meinung, wie der Herr Reichschatzsekretär, der auch bei billigeren Zuckerpreisen keine Erhöhung des Konsums erwartet. So etwas läßt sich wenigstens nie bestimmen voraussagen. Zitterreissant war für mich das Zugeständniß in der Rede des Ministers v. Hammerstein, daß die Zölle die Produkte vertheuern; solche Wahrheiten waren wir bisher vom Ministerliche zu hören nicht gewöhnt. Uebrigens rechnet ja auch die Vorlage mit einem Rückgang des Konsums in Folge der Preissteigerung. Der Minister berechnet die Preissteigerung auf 10 pCt. Der Abg. Richter hat nachgewiesen, daß der Preis des Zuckers im Kleinhandel durch den Detailhändler auf 60 Pf pro Pfd. abgerundet werden wird. Das sind dann 20 pCt. Ich frage die hier im Hause sitzenden Zuckerinteressenten, wenn zu Ihnen ein Arbeiter mit bester Kleidung käme und brächte Ihnen einen Thaler und sagte: Hier schenke ich Ihnen einen Thaler, denn Sie brauchen ihn notwendiger wie ich, so würden Sie sich schämen, das Geld zu nehmen. Auf dem Umwege über die Steuer aber nehmen Sie den Thaler. Sie denken jedenfalls, er ist inzwischen gereinigt worden. (Große Heiterkeit.) Was ist das für eine Politik, die den Aermsten zu Gunsten

schichten befaßt? Graf Posadowsky fragte: Was hat Herr Richter Landwirthschaft geschickt? Ja, Herr Posadowsky kennt die Landwirthschaft ebenso wie die Regierung auch nichts. Er schenkt uns unsere Steuern. (Sehr wahr! links.) Wenn Sie etwas schenken wollten, würden Sie sich sehr befinden. (Große Heiterkeit.) Niemand hat übrigens weniger Ursache, als Beschäftigter der Landwirthschaft aufzutreten, als die Zuckerindustriellen. Die kleinen Bauern können im Mühlbau gar nicht mehr konkurriren, sie müssen ihre kleinen Parzellen den Fabriken verkaufen. Wer Mühlen baut, sind Großbauern. Die Fabriken arbeiten nicht gern mit Kleinbauern, sondern suchen sich gleich 20 bis 30 Großbauern. Die 60 Millionen könnte man da lieber gleich diesen Leuten direkt auszahlen, als auf dem umständlichen Wege dieser Besteuerung. Es giebt Zuckerfabriken, die das Aktienkapital zwei Mal angeschrieben haben und doch noch 18 pSt. Dividende verteilen. Wo ist da die Nothlage? Die kleinen Landwirthe protestiren gegen die Vorlage. Die Regierung sollte einmal ein Plebiszit unter den kleinen Besitzern veranstalten, ob sie die Vorlage wollen. Sie würde eine verneinende Antwort bekommen. Herr v. Buttamer-Blauch sprach von der Fürsorge für die in der Zuckerindustrie beschäftigten Arbeiter. Er mag das Vieh auch da singen, wo man es ihm noch glaubt. Gewiß, diese Arbeiter sind die wirklich Nothleidenden in der Zuckerindustrie, aber ihre Verhältnisse werden durch die Vorlage nicht gebessert. Die Arbeiter in der Zuckerindustrie gehören zu den am schlechtesten bezahlten. In den Zuckerfabriken arbeitet das willigste, gefälligste, auf niedriger Stufe stehende Menschennaterial. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Sachverständigen leben unter den elendesten Bedingungen; in untauglichen, niedrigen Kasernen müssen sie hausen, auf gemeinsamen Heutagern nächtigen Männer, Frauen, Burschen, Mädchen und Kinder. So lauten übereinstimmend die Berichte der Fabrikinspektoren. Die allererschwersten Unglücksfälle kommen in der Zuckerindustrie wegen der Abarbeit in der Kampagne vor. Eine einzige Fabrik hatte 19 schwere Unglücksfälle. Die Schutzvorrichtungen sind über alle Begriffe ungenügend. Diese Nothleidenden müssen für einen täglichen Lohn 15—18 Stb. schenken. Brächte ihnen die Regierung auch nur den zehnten Theil des Interesses entgegen, das sie für die Zuckerindustriellen übrig hat, sie würde sich besseren Dank verdienen, als durch diese Vorlage. Jetzt sollen die Liebesgaben für die Zuckerindustriellen erhöht werden, Liebesgaben in der That, wenn die Steuerzahler sie auch wirklich nicht mit Liebe geben. Die Anhänger der Vorlage weisen darauf hin, daß ja auch die Eisenindustrie durch die Eisenabgabe z. B. Liebesgaben erhalte. Wir haben als Sozialdemokraten nichts dagegen, wenn diese beiden Parteien von Liebesgabenempfangern an einander gerathen. Nach 5, spätestens 10 Jahren werden wir mit der Zuckerindustrie nach Annahme dieser Vorlage auf demselben Standpunkt stehen wie heute. Oesterreich, Frankreich, Rußland werden ihre Exportprämie von Neuem erhöhen, und so wird die alte Nothlage wieder eintreten. Hat denn Deutschlands Zucker ein Privilegium für die Bekämpfung der fremden Märkte zu beanspruchen? Der konservative Sozialpolitiker Rudolf Meyer rath bereits zur Verstaatlichung der Zuckerproduktion, um die beständige Erhöhung der Exportprämien zu vermeiden. In der That wird hier in gewissem Sinne bereits der Weg zum Sozialismus eingeschlagen. Jedenfalls wird die Sozialdemokratie den größten Nutzen aus dieser Art von Politik ziehen, welche die allgemeine Unzufriedenheit heizt und dem Kleinbauern die Augen öffnet über die Absichten der Zucker. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Dr. Schädl er (Z.): So sehr ich den Wunsch hege, daß der Zucker allgemeines Nahrungsmittel werde, hauptsächlich von den wohlhabenderen Volksschichten konsumirt wird. Ich habe schwerwiegende Bedenken gegen die Vorlage, kann aber doch nicht so abjurend über sie urtheilen, wie der Vorredner. Es wäre vielleicht besser gewesen, man hätte uns in diesem Jahre nicht mit einer solchen Vorlage beehrt, sondern zunächst die Entwicklung abgewartet. Die Erhöhung der Prämien ist mir nicht sympathisch. Jede Prämienwirtschaft ist ungesund. Werden sie aber beibehalten und erhöht, so muß man eine Frist in das Gesetz einfügen, um sie wieder zu ermäßigen und zu befristigen. Die Erhöhung bis auf 4 Mk. erscheint mir aber unannehmbar. Eben so unannehmbar ist für mich und eine Reihe meiner politischen Freunde die Erhöhung der Verbrauchssteuer. Auch gegen die Kontingentierung habe ich Bedenken; ich fürchte, sie benachtheiligt den kleinen Bauer. Jedenfalls muß die Vorlage ernstlich geprüft werden.

Damit wird die Weiterberatung vertagt. Persönlich bemerkt Abg. Richter: Wenn Abg. v. Buttamer einen Ton ungehörig finde, so müsse er ihm erwidern, daß sein Urtheil über den Ton des Herrn von Buttamer dasselbe wäre. Er wundere sich aber gar nicht darüber, da dieser Ton nun einmal die Familienart der Buttamers sei. (Große Heiterkeit, links.) Seine Kenntnisse müßten doch nicht überall so gering geschätzt werden, wie von Herrn von Buttamer, da man sonst schwerlich zwei Minister gegen ihn aufgeben hätte. (Heiterkeit.) Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr. Fortsetzung der heutigen Beratung. Schluß fünfviertel Uhr.

Lübeck und Nachbargebiete.

2. März.
Die Zuckersteuervorlage und die Stellung des hiesigen Senates dazu wurde in der Versammlung der Kaufmannschaft durch den bekannten Freisinnigen Aug. Pape in den Kreis der Erörterungen gezogen. Herr Pape hatte folgenden Antrag eingebracht: „Ist über das neue Zuckersteuergesetz das Gutachten der Handelskammer eingeholt und in welcher Weise hat die Handelskammer die kommerziellen und industriellen Interessen hierbei wahrgenommen?“ Handelskammerpräsident Lange beantwortete die Frage dahin, daß der Senat von der Handelskammer kein Gutachten eingeholt habe. Darauf stellte Herr Pape folgenden Antrag: „In Anbetracht der in ihren Wirkungen auf Handel und Industrie gleich schädlichen Zuckersteuervorlage empfiehlt es sich, daß auch die Lübecker Kaufmannschaft zu diesem Gesetzentwurf Stellung nimmt. Die Handelskammer wird ersucht, die erforderlichen Schritte in dieser Beziehung ohne Verzug einzuleiten.“ Der Antrag fand die nöthige Unterstützung und wurde angenommen. Der Antrag soll der Handelskammer zur Erwägung überwiesen werden. — Fürwahr, so viel Männerstolz vor Senatsbeschlüssen hätten wir den hiesigen Freisinnigen gar nicht zugetraut. Der hiesige Freisinn ist dadurch in unserer Achtung gestiegen. Zweifle niemand daran.

Einen Pump von 400 000 Mk. will die hiesige Kaufmannschaft bei der Bürgerschaft aufnehmen, und zwar für die Erbauung eines Waarenschuppens mit Oberboden auf der Wallhalbinsel, sowie die Anshaffung von Elevatoreinrichtungen für vier Portalfrähne nebst Herstellung einer elektrischen Beleuchtung in dem Schuppen mit Oberboden und dahin Gehöriges. Die Bürgerschaft hat so wie so schon nöthig, sich überall nach Geld umzusehen, um die Gelder für die Kosten des Elbe-Trade-Kanals aufzubringen. Es ist

daher wenig angebracht, gerade bei der Bürgerschaft pumpen zu gehen. Ist denn die hiesige Kaufmannschaft so wenig kapitalkräftig, daß sie nicht aus Eigenem die 400 000 Mark aufbringen kann? Oder will man nachher, wenn „die Karre schief geht“, der Waarenschuppen sich nicht verzinnt, dem Staate desto leichter den Schuppen aufhalten? Es sollen solche Fälle schon vorgekommen sein, wenn nicht hier, so doch anderswo.

Eine Art erblicher Dynastie will die Hanseatische Anwaltskammer einführen. Aus Pietät gegen den langjährigen hochverdienten, vor kurzem verstorbenen Vorsitzenden der Anwaltskammer, Dr. J. Wolfson, hat die Kammer am Sonntag dessen Sohn, den Rechtsanwalt Dr. Albert Wolfson, zum Vorsitzenden gewählt. — Ueberall geht der „Zug der Zeit“ dahin, die Dynastien abzuschaffen, und die Anwaltskammer errichtet neue! Ein deutliches Zeichen für den reaktionären Geist, der in den Kreisen der Hanseatischen Anwaltskammer herrscht.

Invaliditäts- und Alters-Versicherung. An Anträgen auf Gewährung von Renten sind bei der Hanseatischen Versicherungsanstalt eingegangen: an Altersrenten seit dem Jahre 1891 bis Ende Februar 1896 zusammen 2677, an Invalidenrenten seit dem Jahre 1892 bis Ende Februar 1896 zusammen 2609; mithin sind seit Beginn des Jahres 1891 bei der Hanseatischen Versicherungsanstalt an Rentenanträgen eingegangen 4746. Von den Anträgen auf Altersrente entfallen auf das Gebiet der freien und Hansestadt Lübeck 445, Bremen 582, Hamburg 1650 und von den auf Invalidenrente auf das Gebiet Lübeck 230, Bremen 664, Hamburg 1175. Von den Anträgen auf Altersrente sind bis Ende Februar 1896 erledigt 2628, und zwar 2285 durch Rentengewährung, 304 durch Ablehnung und 39 auf sonstige Weise. Von den Altersrentenempfängern sind inzwischen ausgeschieden 460, von diesen sind verstorben 437. Von den Anträgen auf Invalidenrente sind bis Ende Februar 1896 erledigt 1984, und zwar 1449 durch Rentengewährung, 460 durch Ablehnung und 69 auf sonstige Weise. Von den Invalidenrentenempfängern sind inzwischen ausgeschieden 370, von diesen sind verstorben 350. Auf die Gebiete der drei Hansestädte vertheilen sich die noch im Bezuge der Rente befindlichen Personen folgendermaßen: Altersrenten: Lübeck 305, Bremen 402, Hamburg 1118; Invalidenrenten: Lübeck 131, Bremen 392, Hamburg 566. — Die Zahreshomme der bis jetzt gewährten Renten macht insgesamt 544 858,20 Mk. aus, von welchem Betrage 115 433,40 Mk. für die inzwischen ausgeschiedenen Renten-Empfänger abzusehen sind. — An Anträgen auf Rückerstattung der Beiträge gemäß §§ 30 und 31 des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes sind eingegangen aus dem Gebiete von Lübeck 72, Bremen 180, Hamburg 517, zusammen 769. Davon sind erledigt durch Rückzahlung 548, durch Ablehnung 130, auf sonstige Weise 18, zusammen 496, mithin unerledigt 73.

Heilstätten für Lungenkranke. Es waren am 1. Februar d. Js. auf Kosten der Hanseatischen Versicherungsanstalt (zum Theil auch mit Zuschuß von Krankenkassen) in Heilstätten für Lungenkranke, in sonstigen Kurorten und in Krankenhäusern 111 Versicherte untergebracht. Aufgenommen wurden im Laufe des Monats Februar 49, zusammen also 160 Versicherte. Davon wurden im Laufe des Monats Februar 26 Versicherte entlassen, mithin befanden sich am Schlusse des Monats in Heilbehandlung 114 Versicherte, und zwar aus dem Gebiete von Lübeck 11, Bremen 31, Hamburg 92. Außerdem mußten im Laufe des Monats 28 Anträge als ungeeignet abgelehnt werden.

Ueber eine prinzipiell sehr wichtige Entscheidung auf dem Gebiete des Krankenversicherungswesens wird der „Vollzug“ wie folgt berichtet:

„Nach dem Krankenversicherungsgesetz sind die Gemeinden ermächtigt, zu beschließen, daß Versicherte, welche sich einer Krankheit vorzüglich oder durch schuldhaftes Verschulden bei Schlägereien oder Raufhändeln, durch Trunkseligkeit oder geschlechtliche Ausschweifungen zugezogen haben, für diese Krankheit das Krankengeld nicht zu gewahren ist. Auf Grund dieser gesetzlichen Vorschrift hatte nun eine Krankenkasse statutarisch bestimmt, daß kein Krankengeld beim Vorliegen solcher Krankheiten geleistet werde, welche sich die erkrankte Person durch geschlechtliche Ausschweifungen zugezogen hat. Ein junges Mädchen, welches dieser Klasse angehörte, war Mutter geworden und war in Folge dieses Ereignisses von einer Frankenkrantheit befallen worden. Die Krankenkasse weigerte sich wunderbarer Weise, für das unglückliche Mädchen Krankengeld zu zahlen und die Verwaltungsgerichte hatten sich darauf mit der Frage zu beschäftigen, ob ein Frauenleiden in Folge außerehelicher Entbindung als Resultat „geschlechtlicher Ausschweifung“ zu erachten sei. Der Bezirksausschuß entschied in Streitfragen zu Gunsten der Kasse und erklärte letztere nicht für haftbar. Das Obergericht war indessen mit Recht anderer Ansicht; es hob die Vorentscheidung auf und verurtheilte die Kasse zur Entschädigung. Das Obergericht machte in seiner Begründung geltend, daß uneheliche Geburten noch keineswegs als Merkmal geschlechtlicher Ausschweifung im Sinne des Krankenversicherungsgesetzes angesehen werden könnten; das Gesetz kenne keinen Unterschied zwischen ehelichen und unehelichen Wöchnerinnen.“

Pensionsverhältnisse der Militärärzte. Durch einen großen Theil der deutschen Presse ging in den letzten Tagen eine Notiz, wonach das Reichsgericht kürzlich ausgesprochen haben sollte, daß die von den halbinvaliden Feldwebeln und Unteroffizieren, die aus der Armee ausgeschieden sind, geltend gemachten Ansprüche auf Zahlung der bisher bei definitiver Uebnahme der betreffenden Militärämter in den Reichs- oder Staatsdienst wegfallenden Pensionen aus dem früheren Militärverhältnis berechtigt seien. Daran war die Bemerkung geknüpft, daß nunmehr, da diese Pensionen für viele Jahre nachgezahlt werden müßten, eine große Anzahl von Personen zum Theil ganz bedeutende Summen erhalten. — Diese Nachricht ist, wie die kaiserliche Reichsgerichts-Korrespondenz mittheilt, in dieser allgemeinen Fassung völlig unzutreffend und es ist sehr bedauerlich, daß durch die mißverständliche Auffassung eines Reichsgerichtsurtheils und die Verbreitung dieser Auffassung bei einer großen Zahl von Beamten Hoffnungen erregt worden sind, die nicht erfüllt werden können. In Wirklichkeit handelt es sich in dem betreffenden Reichsgerichtsurtheile nur um die Ansprüche einiger bei der Reichs-... angestellten Militärärzte. Diesen, aber nur diesen, hat das Reichs-

gericht die ihnen bisher vorenthaltenen Militärpension zugesprochen und zwar einfach aus dem Grunde, weil das ihnen von der Reichsbank gezahlte Gehalt nicht aus Reichs- oder Staatsmitteln fließt. Diese Entscheidung wurde gefällt mit Rücksicht auf die eigenartige Stellung der Reichsbank, die, obwohl das Reich die Aufsicht über sie führt, doch nicht als Reichsinstitut angesehen wird. (Wir hatten von der früheren Meldung keine Notiz genommen. Red.)

Ein- und Ausfuhr am Hafen. In der verfloßenen Woche sind 25 Dampfer und 1 Segler eingelaufen; 2 Dampfer brachten Kohlen, 1 Schmiedekohlen und Schleifsteine hier an. 8 Dampfer hatten ungefähr 10 000 Risten schwedische Heringe geladen, die zur Hälfte in Schlutup gelöscht wurden. An lebendem Vieh wurden von 7 Dampfern 225 Stück Hornvieh, 83 Schweine und 1 Kalb angebracht. Die übrige Ladung bestand zumeist aus Stückgütern und Getreide. Ausgegangen sind 21 Dampfer, darunter 8 leer oder mit Ballast.

Der erste Oberländer Kahn traf von Hamburg durch den Nordostsee-Kanal mit Getreide gestern hier ein.

In der „Neuen Welt“, Schmiedestraße, hat die Kapelle gewechselt. Seit Sonnabend spielt dort die serbische Tamborika-Kapelle „Orient“ aus Belgrad. Die Kapelle ist nur auf 14 Tage engagirt. Wer sich für serbische Musik interessiert, dem ist der Besuch der Konzerte zu empfehlen.

Verhaftet wurde am Montag ein Arbeiter aus Zerbst, der von der Flensburger Staatsanwaltschaft wegen Unterschlagung von 165 Mk. stechbrieflich verfolgt wurde; ein anderer Arbeiter wurde verhaftet, weil er Ende November v. Js. aus einem Hause in der Cronsforder Allee eine goldene Damenuhr mit Kette entwendet haben soll.

Hamburg. Eine allgemeine Buchdrucker-Versammlung fand am 1. März, Mittags 12 Uhr, in „Tütges Etablissement“ statt. 1200 Buchdrucker, darunter auch sehr viele Lübecker, hatten sich eingefunden, um einen Vortrag des Verbandsvorsitzenden E. Böcklin-Berlin über die „Stellungnahme zur Leipziger Resolution betr. Tarifänderung“ anzuhören. Donnernder Beifall gab das Einverständnis der Versammelten mit den Ausführungen des Referenten kund. Nach einer längeren Debatte, in welcher nicht nur von allen Rednern der bekannten „Leipziger Resolution“ zugestimmt wurde, sondern auch noch weitergehende Forderungen (achtstündige Arbeitszeit ohne Pausen, Erhöhung des Minimums sowie des Lokalzuschlags u. a. m.) aufgestellt wurden, gelangte die folgende Resolution zur einstimmigen Annahme:

„Die heute, am 1. März, tagende, von der übergroßen Mehrheit der Hamburg-Altonauer Buchdruckergehilfen besuchte allgemeine Buchdruckerversammlung erklärt ihre volle Zustimmung zu der von der Kollegenschaft Leipzigs gefaßten Resolution, diese durch die bestimmte Forderung der neunstündigen Arbeitszeit und eine dementsprechende Lohn-erhöhung erweitert. Die Versammelten eruchen den Vorstand des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, von der Leitung der deutschen Bezirkspale umgehend eine Festlegung des Termins des Zusammentritts derjenigen Körperschaft, welche die obengenannten Forderungen im beiderseitigen Interesse zu regeln hat, zu verlangen. Die Versammelten verpflichten sich, die geforderten Forderungen mit altem Nachdruck zur Durchführung zu bringen.“

Die Leipziger Resolution, auf welche hier Bezug genommen wird, haben wir unseren Lesern bereits mitgetheilt. Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf das kollegialische Zusammenhalten der Buchdrucker schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Blön. Streik. Am Freitag Morgen legten, wie wir bereits gemeldet haben, ca. 50 Arbeiter aus Neumünster und Wankendorf, welche bei einem Unternehmer, Namens Ehlers aus Kiel, in Arbeit standen und beim Kiesfahren in Blön beschäftigt wurden, die Arbeit nieder. Dieselben verlangten eine Lohnaufbesserung von 39 auf 40 Pf. pro Stunde, welche aber nicht bewilligt wurde. — Bekanntlich werden in Blön allerlei Bauten ausgeführt aus Anlaß der Aufnahme zweier kaiserlichen Prinzen in die Kadettenanstalt. Herr Ehlers wird doch jedenfalls eine gut ausreichende Summe für die Erdschüttungen bekommen, denn in solchen Fällen pflegt der Staat ja nicht zu sparen. Die Arbeiter, die man bei 11- bis 12stündiger angestrenzter Arbeit einen anständigen Lohn verlangten, wurden kalt abgewiesen. Leider erklärten sich etwa 30 Arbeiter aus Blön und anderen Orten nicht mit ihren Kollegen solidarisch.

Kiel. Lohnbewegung der Maler. Am Mittwoch v. W. fand in den „Central-Hallen“ eine öffentliche Versammlung der Maler statt, um den Bericht der Lohnkommission entgegenzunehmen. Dieselbe theilte mit, daß die Meister sich auf die Einführung eines Minimumlohnes nicht einlassen wollen, sonst aber einer Aufbesserung des Lohnes nicht abgeneigt wären. Sämmtliche Diskussionsredner waren der Ansicht, daß an der Forderung eines Minimumlohnes festgehalten werden müsse und wurde die Lohnkommission beauftragt, diesen Beschluß den Meistern zu unterbreiten und sollen diese ersucht werden, bis zum 8. März 1896 sich darüber zu äußern.

Jhehoe. Das Gewese der Wittwe Buck in Lütjenwestedt ist in Folge Brandstiftung eingeschert. Als Thäter wurde der 16jährige Dienstknecht Hans Butenschön ermittelt; derselbe wurde verhaftet und dem Amtsgericht Hohenwestedt zugeführt. Bei dem Brande sind leider 28 Stück Vieh umgekommen.

Bremervorhaben. Ein Verband der auf Fischdampfern beschäftigten Matrosen hat sich hieselbst konstituirte. Die Statutenberatung hat bereits stattgefunden und ist das Interesse unter den Leuten ein überaus reges. Wenn auch die Matrosen die an die Rheber gestellten Forderungen gegenwärtig noch nicht voll bewilligt erhalten sollten, so steht doch zu erwarten, daß ihnen dieses möglichst sein wird, wenn die Organisation erst genügend erstarkt ist. Auch dürfte die letztere im

Stände sein, einen nicht unbedeutenden Einfluß auf die Revision der Seemannsordnung auszuüben, indem sie die der Abänderung bedürftigen Verhältnisse in der Seefischerei an die Öffentlichkeit bringt und einer Kritik unterzieht.

Neueste Nachrichten.

Berlin. In der Budgetkommission wurden gestern die Aeußerungen des Regierungssassessors Dr. Hugenberg und von Dr. Peters über die Flottenpläne durch den Staatssekretair Hollmann scharf desavouirt. Freiherr von Marschall fügte hinzu, Hugenberg sei bereits zur Verantwortung gezogen.

Rom. Das Neueste vom abessinischen Kriegsschauplatz ist, daß die Italiener geschlagen sind. Noch Montag hatte die Crispische Zeitschrift „Tribuna“ einen für die Italiener ungünstigen Zusammenstoß in Afrika abgeleugnet. Gestern mußte die schwere Niederlage der Italiener endlich zugegeben werden. Offiziös wird gemeldet: General Baratieri beschloß, wie er aus dem Lager telegraphisch mittheilt, am 29. Februar Abends, die Stellungen der Schoaner am 1. März Morgens in drei Kolonnen anzugreifen. Auf dem linken Flügel stand die Kolonne des Generals Albertone aus 4 Bataillonen Eingeborener und 4 Gebirgsbatterien bestehend. Das Zentrum nahm die Brigade General Arimondi ein. Auf dem rechten Flügel stand die Brigade des General Dahormida mit 4 Gebirgsbatterien. Die Brigade des General Ellena mit den Schnellfeuerbatterien bildete die Reserve. Die Spitzen der Kolonnen erreichten die Wege nach Abua und besetzten dieselben ohne Kampf. Die Kolonne Albertone befand sich beim Vormarsch auf Abbacarima bald im Gefecht mit der ganzen schoanischen Armee. Die Kolonne konnte sich jedoch gegenüber den überlegenen feindlichen Streitkräften nicht lange halten und mußte die Brigade Arimondi heranziehen, welche aus dem Zentrum herangeführt wurde, um den Rückzug der Kolonne Albertone zu decken. Die Kolonne Albertone konnte wegen ihrer zusammengedrängten Stellung nicht mehr vollständig ihre

Streitkräfte an sich ziehen. Unterdessen wurden die Angriffe der Schoaner auf die ganze Front immer heftiger; die Schoaner überflügelten die Italiener von rechts und links, so daß die Italiener ihre Stellungen verlassen mußten. Wegen der großen Terrainchwierigkeiten konnte die Gebirgsartillerie nicht fortgeschafft werden. Bisher sind noch keine Einzelheiten über die Verluste der Italiener bekannt. Die italienischen Korps zogen sich bis hinter Belesa zurück. (Die weiteren Berichte werden zweifellos ergeben, daß die wirkliche Sachlage weit schlimmer ist, als der offizielle Bericht zugiebt. D. Red.)

Die Schlacht fand östlich von Abua auf der Linie Umba Carima und Mariam-Schavitu statt. Seitens der Italiener griffen 18 Bataillone mit 10 Bergbatterien, d. h. 15.000 Mann mit 60 Geschützen in den Kampf ein. Die Abessinier wandten ihre alte Umgehungsstrategie an, die ihnen bereits bei Umba Aladschi so trefflich geglückt war. Alle italienischen Kanonen, die man wegen der kolossalen Terrainchwierigkeiten nicht fortschaffen konnte, fielen in die Hände des Feindes.

Briefkasten.

C. Hufscholtz. Die Frage ist reichsgefehrlich geregelt, doch haben einige Staaten ihre besonderen Lage trotzdem noch beibehalten. So ist z. B. gerade heute in Sachsen Posttag.

Thormann. Der erste Montag nach dem 1. April ist der Ostermontag. An diesem Tage kann die Versammlung doch nicht stattfinden. Also wohl erst im Mai? Erwarte um gest. Benachrichtigung.

Nach Havelburg. Nicht geeignet. Haben Sie übersehen, daß oben vermerkt ist: Gutes Allerlei? Gruß!

Sternschanz-Viehmarkt.

Der Schweinehandel verlief flau. Gekauft wurden 2430 Stück, davon vom Norden — Stück vom Süden — Stück. Preise: Verlanischweine schwere 41—43 Mk. leichte 41—42 Mk., Sauen 35—40 Mk. und Ferkel 38—41 Mk. pr. 100 Pfd.

Der Kalberhandel verlief ziemlich gut. Gekauft wurden 1143 Stück unverkauft blieben — Stück. Preise: beste 75—85 Mk., geringere 60—75 Mk. per 100 Pfd.

Quittung.

Für den Preßfonds gingen ein:
Von den Arbeitern am Bau des Gerichtshauses Mk. 21,—
Mit den in Nr. 53 quittierten „ 628,45
Zusammen Mk. 649,45
Wofür herzlich dankt
Friedr. Meyer & Co.

Marktberichte.

Butter Hoft. 110 Pfg., Mehl 105 Pfg. per Pfd., Schinken 70 Pfg., Schweinskopf per Pfund 40 Pfg., Wurst per Pfund 100 Pfg., Eier 11 Stück 60 Pfg., Hühner per Stück 140 Pfg., Gänse per Stück 190 Pfg., Enten per Stück 280 Pfg., Tauben per Stück 50 Pfg., Gänse per Pfd. — Pfg., Speck per Pfd. — Pfg., Kartoffel per 10 Liter 50 Pfg.

Angekommen und abgegangene Schiffe in Travemünde.

Angekommen:

Dienstag, den 3. März.
9,30 B. D. H. C. Klein, Sehr, von Hamburg in 3 T.
9,30 B. U. Käthe Rien, Krups, von Hamburg in 3 T.
11,10 B. D. Rajaden, Hüften, von Kalmb. in 12 St.
12,30 B. D. Falke, Sehr, von Fehmarn in 4 St.
4,15 B. D. Kurik, Försberg, von Langß. in 70 St.

Mittwoch den 4. März.

7,10 B. D. Lübeck, Hüftman, von Kopenhagen in 14 St.

Abgegangen:

Dienstag den 3. März.
8,40 B. August, Mohrdanz, nach Wismar.
9,50 B. Marie Amalie, Engel, nach Wismar.
10,50 B. D. Hero, Petersen, nach Gothenburg.
1,30 B. D. Marie Louise, Nachwey, nach Neval.
2,30 B. D. Arion, Rodenbeck, nach Rotterdam.
7,45 B. D. Palmst., Seiderberg, nach Kopenhagen.
8,45 B. D. Bröven, Nassmusen, nach Stege.
Wind und Wasserstand in Travemünde 8 Uhr. S: 6,00 SW, frisch.

Schiffsbewegung in der Ostsee.

D. Luba ist am 3. März in Pillau angekommen.
D. Selzig ist am 3. März von Neval auf hier abgegangen.
D. Libadia ist am 3. März von Stettin auf hier abgegangen.
D. Stadt Lübeck ist am 3. März von Remei auf hier abgegangen.
D. Etita ist am 3. März in Libau angekommen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Wir eruchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche in „Lübecker Volksbote“ inseriren, zu berücksichtigen und bei event. Einsendungen sich auf unser Blatt zu berufen.

Unserer lieben Mama M. zu ihrem am 5. März stattfindenden Geburtstag unsern herzlichsten Glückwunsch.

Deine Kinder.

Für die Unterstützung meiner Mitarbeiter der Koch'schen Werkst. sage ich hiermit meinen herzlichsten Dank.

F. Schiering.

Zum 1. April eine Wohnung, bestehend aus 3 Zimmern, Küche, Keller und Bodenraum an der Schwartauer Allee für 200 Mk. zu vermieten. Näheres Ziegelstraße 1f.

Eine Wohnung mit gr. Diele für einen Handwerker passend, in der Klappenstr., für 200 Mk. zu vermieten. Näh. Ziegelstraße 1f.

Eine Wohnung.
Wahmstraße 46/10.

Verloren 1 Portemonnaie mit Inhalt. Abzugeben gegen gute Belohnung. Lindenstraße 51, parterre.

Gefunden eine Schürze mit Stiderei. Abzuholen Wahmstraße 23.

Eine Plätterin wünscht Beschäftigung für einige Tage der Woche. Näheres Meierstraße 5c.

Eine gr. gut erhaltene Nähmaschine ist zu verkaufen. Engelsgrube 69.

Ferkel
2. Satz stehen z. Verk. bei Fadenburg. E. Tamsen.

Photograph. Atelier
„Nanon“

Lübeck, Klingenberg 8/9
iefert in bekannt bester Ausführung:
12 Kist und 1 Cabinet für 5,50 Mk.
12 Kist für 15 „
Bei Vorzeigung dieser Annonce 10 % Rabatt.
Sonntags bis Abends geöffnet.

Unter Preis!
Damen-Unterwäsche
braun Stück 70 Pfg.
roth „ 175 „
feine aus Zephyr „ 225 „
empfehlen

Georg Petersen, obere Hüßstraße 19.

Holl. Süßrahm-Margarine.

Ant. Jurgens, Prinzen & Cie.

Goch (Rheinland), Osch, Helmond (Holland) und Antwerpen (Belgien), älteste und bedeutendste Establishments des Continents, liefern bei größter Produktionsfähigkeit anerkannt das Beste.

Marke Crème

(gesetzlich geschützt)
von feinsten Vollkornbutter nicht zu unterschätzen, vorrätlich in allen durch Plakate und mit Niederlage obiger Margarine bezeichneten Colonial-, Delikatess- und Fettwaren-Geschäften.

Wöchentlich Ladungen nach hier.

General-Vertreter:

L. Wigger, Lübeck, Glockengießerstraße Nr. 78.

Schuhe und Stiefeln
werden nirgends vortheilhafter und besser bezogen als bei
A. Drenske Nachfl.
Hierorts grösste Handlung.

0,35 Mk. 1 Paar Kinderschuhe.	1,00 Mk. 1 P. Turnschuhe.
1,85 „ 1 „ Damen-Lackschuhe.	2,50 „ 1 „ Herr.-Morgenschuhe, Abgabe.
2,25 „ 1 „ Ballschuhe mit Atlaschleife.	4,50 „ 1 „ „ Zugschuhe.
2,75 „ 1 „ Damen-Mohrhaarschuhe.	5,50 „ 1 „ „ Stiefelsetten.
3,50 „ 1 „ „ Zugsstiefeln.	6,00 „ 1 „ „ Schaftstiefeln.

Von der Inventur zurückgesetzte Waaren zu jedem Preise.

Von heute an täglich frisches
Brod von der Dampfbäckerei
sowie Genossenschaftsbrod und von der
Struckmühle, und sämtliche Colonial-
waaren empfiehlt
D. Wehr Wwe., Hüßstr. 25 a
Ein Kinderwagen ist zu verkaufen.
Reiferstraße 38.

Schwerhörige!
werden auf die neuesten nach wissenschaftlichen Prinzipien und Erfahrungen bedeutender Fachmänner konstruirten, einzig existirenden Gehör-Apparate des weltbekannten Erfinders Herrn K. Schulze, Weserlingen, Prov. Sachsen, aufmerksam gemacht. Diese Apparate, zur Linderung und Gehörbeseitigung von Schwerhörigkeit, Gehörübeln jeder Art (auch Sausen u. s. w.) haben mit anderweit empfohlenen nicht gemein, sind leicht und sicher anwendbar und weisen durchschlagende Erfolge auf, selbst in alten und verzweifelten Fällen, worüber zahlreiche Mittheile und Dankschreiben ausliegen.
Für Lübeck und Umgegend werde ich am 7. und 8. März in Spethmann's Hotel von 9—1 Uhr Vormittags und 2—6 Uhr Nachmittags anwesend und zur Vorzeigung und Erklärung der verschiedenen Apparate kostenfrei bereit sein. Zugleich Ausstellung sämtlicher wirklicher Hör-Instrumente.

C. Jurtz,
General-Vertreter der einzig internat.
Specialfabrik für patent. Gehör-Apparate.

Geld! sofort Gold!
erhalten Sie auf Möbel, Rohprodukte, Waaren aller Art, wenn mir zur Auktion übergeben, ohne Lagerkosten zu berechnen.
J. C. B. Schmehl, Auktionator u. Taxator,
Sundstraße 8.

Sehr gut schmeckenden
Congo-Thee
1/4 Pfund 40 Pfg.
bei
Ferd. Schreiber
12 obere Johannisstr. 12.

Die Schweineschlachterei
von
W. Strohhfeldt
73 Glockengießerstraße 73
empfehlen:
Schweinefleisch, Pfd. 50 Pfg.
Carbonade, Pfd. 60 Pfg.
Gef. Schweinefleisch, Pfd. 50 Pfg.
Fetten u. mag. Speck, Pfd. 60 Pfg.
Leber-, Bräunschweiger, gefolte, geräuch.
Preßwurst, Pfd. 60 Pfg.
Dicke Rippen, Pfd. 55 Pfg.
Pa. Fleischschmalz, Pfd. 60 Pfg.
Dönsfleisch, Pfd. 50 Pfg.
Kalbfleisch, Pfd. 30 Pfg.
Nur hiesige Waare.

Künstliche Zähne, Reinigen, Plombiren und Zahnausziehen.
C. Monica, Fischergrube 51.

Stoffers Gasthaus
Deponau 27.
Gutes kräftiges Mittagessen
à Person 50 Pfg.
Abends von 6 1/2 Uhr an warmes Abendessen
à Person 30 Pfg. Ansichant von Panfa-Bier

Einladung
zum
Brauer-Kränzchen
am Freitag den 6. März 1896
im Berliner Hof.
Anfang 8 Uhr. Ende 4 Uhr Morgens
Eintritt 60 Pfg., eine Dame frei.
Das Comité.

Quartett-Verein
„Luba.“
Sonntag den 8. März:
Ball- u. Gesangsvorträge
in der „Neuen Welt.“
Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr.
Entree: Herren 50 Pfg., Damen frei.
Der Vorstand.

Wakenitz-Bellevue.
Donnerstag, den 5. März
5. Familien-Abend
W. Kruse.

Adlershorst.
Donnerstag, den 5. März 1896
5. Familien-Abend.

Stadttheater in Lübeck.
Donnerstag den 5. März:
Ausser Abonnement.
Benefiz für Herrn Forkhammer.
Mit theilweise neuen Dekorationen und
in neuer Inszenirung.
Tannhäuser.

Freitag den 6. März:
101. Abonnements-Vorstellung. 5. Serie: Braut.
Anfang 7 Uhr. Schauspielpreise.
OTHELLO.
Desdemona — Frä. Schorer a. G.
Othello — Herr Blöb a. G.

Die Regelung der privatrechtlichen Stellung der Vereine.

Der reaktionäre Geist des Entwurfs eines bürgerlichen Gesetzbuchs macht sich bei allen Parteien auf dem Gebiete bemerkbar, welches die privatrechtlichen Verhältnisse eines Vereins regeln soll.

Die Regelung der privatrechtlichen Seite des Vereinswesens hat die Bestimmungen zu umfassen, ob und welche Privatrechte ein Verein als solcher besitzen kann, ob er Eigentum, ob er Grundeigentum erwerben, ob er Verträge schließen, ob er als Verein klagen oder als solcher verklagt werden kann. Juristisch bezeichnet man dies mit dem Ausdruck: ob ein Verein „rechtsfähig“ ist oder: ob er als „juristische Person“ erachtet, vom Gesetz also so wie eine wirkliche Person betrachtet werde.

Der bestehende Rechtszustand geht — von Sachsen abgesehen — dahin, daß die Rechtsfähigkeit eines Vereins vom Gesetz nur dann anerkannt wird, wenn Verwaltungsorgane dem Verein Rechtsfähigkeit ausdrücklich verleihen. Nur der privilegierte Verein ist demnach rechtsfähig. Trotzdem hat die Rechtsprechung sich genötigt gesehen, auch nicht ausdrücklich privilegierten Vereinen tatsächlich die Rechte einer juristischen Person zuzusprechen. Aber diese Rechtsprechung, der sich auch das Reichsgericht in vielen Fällen angeschlossen hat, ist unsicher und schwankend. Wer im gewerkschaftlichen und im politischen Vereinsleben wirksam gewesen ist, kennt die Belästigungen, Kämpfe und Schwierigkeiten, mit denen ein Verein, der seine Zwecke erreichen will, deshalb zu kämpfen hat. Zu allen möglichen Ausflüchten, Verhüllungen, Verhüllungen und Umwegen treibt der Mangel einer gesetzlichen Anerkennung der Rechtsfähigkeit jedes Vereins fast alle ersten Ziele nachstrebende Vereine, um die Befriedigung heischenden Forderungen des Rechtslebens trotz des geltenden Rechts zu erzwingen. Das Vereinsleben ist unentbehrlich und naturnotwendig. Der Gesetzgeber hat demnach die Pflicht, dem in Folge wirtschaftlicher und politischer Bedürfnisse nach Verwirklichung ringenden Recht zum klaren und zweifellosen Dasein durch gesetzliche Anerkennung des Satzes zum gesetzlichen Dasein zu verhelfen, daß jeder Verein Rechtsfähigkeit habe.

Und dennoch wehren die Regierungen sich mit aller Macht gegen diese im Interesse von Treu und Glauben und im Kulturinteresse unabwiesbare Forderung. Ja, nicht einmal die bürgerlichen Parteien haben sich dazu aufschwingen können, diesen Satz, dessen Nothwendigkeit selbst Professor Sohm wiederholt ausführlich dargelegt hat, in Gesetzesform zu gießen. Die Regierungen haben offen zu erkennen gegeben, daß die Furcht vor der Arbeiterklasse, insbesondere vor ihrer politischen Vertreterin, vor der Sozialdemokratie, sie von der vollständigen Konsequenz zurückhält. Sie befürchten, daß durch staatliche Anerkennung der Rechtsfähigkeit von Arbeitervereinen, welche gewerkschaftlichen, politischen oder Bildungszwecken dienen, die Macht dieser Vereine, denen sie so gerne den Garauß machen möchten, wachsen könnte. Als ob für die Macht dieser Vereine die Gewährung oder Nicht-

gewährung der juristischen Persönlichkeit von ausschlaggebender Bedeutung wäre! Als ob die Form und nicht der Zweck und die wirtschaftliche und politische Nothwendigkeit die Stärke einer Organisation nach sich zieht! Wir wenig harmonirt doch mit dieser Furcht der Regierungen die Betonung in dem kaiserlichen Erlaß vom Februar 1890, daß den Arbeitern gesetzliche Gleichstellung gebühre. Das unentbehrliche Kampfmittel der Organisation den Arbeitern gewähren, ihren Organisationen aber mit allen möglichen kleinsten Hindernissen das Leben erschweren, verträgt sich mit dem Prinzip der Ehrlichkeit nicht.

Ein ausdrücklich lediglich gegen die Sozialdemokraten gerichtetes zivilrechtliches Ausnahmegesetz erschien wohl den Regierungen etwas zu bedenklich. Sie betreten einen andern, noch mehr den absolutistischen, polizeistaatlichen Gang verrathenden Weg.

Sie wollen nach dem Entwurf des bürgerlichen Gesetzentwurfs die Rechtsfähigkeit von Vereinen nicht leugnen. Aber unter zwei Bedingungen. Einmal sollen von der Erlangung der Rechtsfähigkeit ausgeschlossen sein: alle politischen, sozialpolitischen, religiösen oder Unterrichtszwecken dienenden Vereine. Und ferner soll die Rechtsfähigkeit der Vereine, die danach übrig bleiben — also im Wesentlichen Etat- und Regellubs, Rauchvereine und Kaffeeklatschvereine, Saus- und Kaufvereine — nur erlangt werden, wenn die Verwaltungsbehörde dem nicht widerspricht. Ja, noch weitergehend soll nach dem Entwurf den Vereinen die Rechtsfähigkeit wieder entzogen werden können, wenn sie nach Ansicht der Verwaltungsbehörde sich mit so ernstlichen Dingen, als da sind Politik, Sozialpolitik, Religion oder Unterrichtsfragen zu beschäftigen erdristen sollten. Und auch damit noch nicht genug. Da mehreren Regierungen, wie der Vertreter von Württemberg in der Kommission bitter klagte, ein Recht zur Auflösung von Vereinen durch ihre engere Heimath nicht gegeben ist, soll das bürgerliche Gesetzbuch des geeinten Reichs diesen einen Vereinsnebel geben: der Entwurf will Verwaltungsbehörden gar die Auflösung von Vereinen noch ausdrücklich fast schrankenlos beilegen.

Diesen allzu klöbigen Polizeistaats-Gelüsten ist es zu danken, daß die nicht ultrareaktionären Parteien dieser Partie des Entwurfs mit Entschiedenheit entgegengetreten. Zwar hat die Kommission leider in der ersten Lesung sich noch nicht dazu aufschwingen können, dem oben skizzirten, von mehreren Genossen in der Kommission vertretenen Standpunkt gutzuheißen. Sie hat aber die der Kultur-entwicklung, dem wirtschaftlichen und politischen Leben ins Gesicht schlagenden Bestimmungen des Entwurfs abgelehnt. An ihre Stelle ist ein etwas freieres Prinzip getreten. Alle Vereine, deren Zweck nicht auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet ist, können nach den Beschlüssen erster Lesung Rechtsfähigkeit erlangen, sobald sie sich in ein vom Amtsgericht zu führendes Vereinsregister eintragen lassen. Der Eintragung darf keine Verwaltungsbehörde widersprechen. Eine Versagung der Eintragung darf aber stattfinden, wenn der Zweck des Vereins gegen ein gesetzliches Verbot oder gegen „die guten Sitten“ verstößt. Diese letztere Bestimmung ist

außerordentlich bedenklich, da in der Praxis in „gute Sitten“ alles mögliche hineininterpretiert und z. B. Frauenvereinen die Erlangung der Rechtsfähigkeit unmöglich gemacht werden kann. Daß schließlich vom ordentlichen Richter (dem Landgericht) über die Versagung einer Eintragung zu entscheiden ist, bietet wenig Garantien gegen mißbräuchliche Anwendungen. Was Richter aus den Begriffen „gute Sitten“ und Sittlichkeit heraus und in dieselben hineinenden können, geht aus der jahrzehntelangen Praxis sächsischer Gerichte genugsam hervor. Immerhin liefert diese Bestimmung die Vereine nicht so schrankenlos, wie es der Entwurf that, der Polizei auch nach der privatrechtlichen Seite hin aus.

Ausgeschlossen von der Erlangung der Rechtsfähigkeit sollen nach dem Beschluß der Kommission solche Vereine sein, deren Zweck auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet ist. Den wesentlichsten dieser Art Vereine (Aktiengesellschaften, verschiedene Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, eingeschriebene Hilfsklassen) ist ja durch Spezialgesetze Rechtsfähigkeit verliehen. Es giebt indess noch ähnliche Vereine, bei denen dies nicht der Fall ist, z. B. bei Sterbekassen. Ganz verfehlt erweist der von der Kommission gebilligte Weg, diesen Vereinen nur durch staatliche Verleihung Rechtsfähigkeit zuzulassen und der Verwaltung zu gestatten, die Rechtsfähigkeit diesen Vereinen auch wieder zu nehmen. Lieber keine, als eine von polizeilicher Genehmigung abhängige.

Es bleibt abzuwarten, ob trotz der Drohung der Regierungen, von denen selbst die Vorschläge als unannehmbar bezeichnet wurden, es in der zweiten Lesung der Kommission oder im Plenum gelingen wird, dem klaren, zweifelstfreien und allein für politisch Mündige würdigen Satz Anerkennung zu verschaffen: jeder Verein ist ohne jede Weiterung rechtsfähig.

Soziales und Partei-Leben.

Der Untergang des Handwerks ist trotz aller gegen-
theiligen Behauptungen keine leere Redensart. Die Entwicklung der Großindustrie geht unaufhaltsam vor sich und immer mehr kleine Existenzen werden zu Grunde gerichtet. So konnten von 8000 selbständigen Schneidern in Berlin im Jahre 1893 nur 1344 zur Gewerbesteuer herangezogen werden. Die übrigen 6656 Schneidermeister verdienten so wenig, daß sie nicht einmal in die unterste Stufe der Steuer eingereiht werden konnten! Zwei Dritttheile von 5000 Berliner Schuhmachermeister besitzen nichts als ein ärmliches Handwerkszeug. Gegenüber diesem Massenelend unter den Handwerkern, welches nur durch den Kapitalismus verschuldet ist, kann von einer günstigen Wirkung der von den sogenannten Handwerkerfreunden verlangten Maßregeln zum Schutze der Handwerker, wie Befähigungsnachweis und dergleichen, keine Rede sein. Das Handwerk geht zu Grunde, da helfen all die Mittelchen nichts, und die daran noch Zweifelnden werden durch die Macht der Thatfachen nur zu bald eines anderen belehrt werden. Anschluß an die Sozialdemokratie bleibt ihr letzter Ausweg.

Kottbus. Die ausländigen Lucharbeiter beschlossen,

In der Hochfluth.

Novelle von E. Zoeller-Lionheart.

(6. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)
Aber die heutigen Demüthigungen hatten für die Kermise noch nicht ihr Ende gefunden. Als Vene in den Hauptweg einbiegen wollte, mußte sie an den Schlitten und Fuhrwerken vorüber, die hier der Kirchgänger harrten. Der Hauslehrer half eben galant der ältlichen Jungfrau in den Schlitten, die eine schnarrende Stimme und einen angehenden Bart auf der Oberlippe und am Kinn in einzelnen Warzen sprossen hatte, die der Weißpuder nicht verdecken wollte.

„Bei den Göttern Griechenlands, welche Schönheit!“ rief das Fräulein burlesk, den Kopf hastig Vene zuwendend. „Die da, Monsignore,“ lachte sie, ungeniert mit dem knöchernen Finger auf das erglühende Mädchen deutend.

Der Kandidat sah sich mit gut gespielter Gleichgültigkeit um. „Passabel,“ fing Venes scharfes Ohr auf; da er nun selber in den Schlitten zur Cousine der Baronin stieg, wo sie die Herrin erwarteten, die mit dem Geistlichen noch an der Kirchhofspforte sprach.

Für Vene war's ein wahres Spiegekruthenlaufen, als sie nun auch an dem Gefährt der Müller'schen vorüber mußte, das freilich nur ein derber Strohschlitten, mit bligblanken, wohlgenährten Braunen davor, war.

Der junge Mann sah hinten auf der Peitsche und tuschelte selbst, die Frau Mutter hatte breit und behäbig schon auf dem Vorderstuh Platz genommen neben Batern, der sich die silberbeschlagene kurze Peise vergeblich in Brand zu setzen suchte, und die junge Wittve wollte eben, die seidenen Röcke hoch von dem kräftigen Wein hebend, in den Schlitten steigen, als sie des eilenden Mädchleins gewahr wurde.

In dem phlegmatischen Gesicht ging eine plötzliche Wandlung vor. Die grellblauen Augen glitzerten grünlich und lässlich, als sie in scheinbarer Freundlichkeit sich an die Stuhende wandte.

„Du Vene, warte mal, ich will Dir was anbieten. Sie sagen mir, es ginge Dir schlecht; Deine Schwägerin wollt' Dich zum Hause raus haben. Mir kommt's auf ein paar Schilling Lohn nicht an,“ — sie warf sich prozig in die Brust und lehrte die volle Wüste heraus, — „ich kann ne Magd gebrauchen, die geschickt mit der Nadel ist. Meinst Du nicht, Karl, daß ich's ihr zuwende?“ wandte sie sich vertraulich fragend an ihren Vetter, als gingen ihre Lebenswege mit einander.

Dieser schlug grimmig mit der Peitsche in den Schnee, als wär' ein unsichtbarer Feind da zu treffen, und schwieg sich unbeholfen aus. Sein wettergebräuntes Gesicht hatte sich lirsichroth überzogen.

„Steig ein!“ donnerte er unwirsch. „Die Braunen werden unruhig.“ Und dann zog er vor Vene im Vorbeifahren so tief die Pelzmütze, als wäre sie die Gnädige selbst gewesen.

Die kam eben mit ihrem rüstigen Schritt von dem Pastor fort auf ihren Schlitten zu und sah das gehezte Mädchlein von bannen laufen.

„Vene!“ rief sie ihr zwischen den hohlen Händen nach. „Kannst mitfahren, Kind,“ sagte sie lebenswürdig. „Ihr rückt wohl alle ein bißchen zusammen, Rinnings; ich will doch bei Krögers mit ranfahren und mich nach Mutter umsehen. So, Axel, Du kommst zwischen uns. Tante Georginens Knochen und meine Wohlbeleibtheit können Dich noch aufnehmen, was, Cousinchen? — Der Rutscher kann von hinten fahren, unser Dicker setzt sich uns gegenüber und macht sich nicht breit, und Sie, Herr Kandidat, nehmen die Vene zu sich auf den Vorderstuh und halten sie ein bißchen fest, wenn's stuckt! Na, Rinnings, seht Ihr wohl, viel geduldige Schafe gehen in

einen Stall, wenn man nur den Willen hat,“ rief sie gut gelaunt, als alle nach ihrem Dikto placirt waren, und der Rutscher, die in Filzshuhen steckenden Füße links und rechts in die Eisfen gestemmt, die Bügel über die Köpfe der Insassen fortgenommen, die edlen Thiere ausgreifen ließ. „Zuckhe!“ jauchzten die ausgelassenen Wuben, und in Vene jubelte alles auf. — War das ein Wonne-
traum, als ging's durch die himmlischen Gefilde!

Der Himmel selber schien hinabgekommen, ihr armes, zerquältes Herz emporzuheben zur ewigen Seligkeit.

Der Kandidat nahm die Anordnung der Patronin wohl sehr ernst, da er an Venes Seite, den Rücken den übrigen zugekehrt, ihr zitterndes, kleines Händchen fest in seiner Hand behielt und ihr mit unbeschreiblichem Blick in das rosig angehauchte Gesichtchen blickte. Und wenn der Schlitten mal auf steinigem Untergrund einen heftigen Ruck bekam, der all die Insassen schreiend aufstiegen ließ, so daß jeder mit sich selbst beschäftigt war, glitt blitzschnell sein Arm sogar um ihren Leib und preßte sie leise an sich, natürlich nur, um ihr Hinabgleiten vom unsicheren Sitz zu verhüten. Die Komtesse, die mürrisch schwieg und sauertöpfisch die Mundwinkel jetzt sinken ließ, während vorhin auf der Herfahrt das kunstvolle Doppelgebiß zwischen dünnen Lippen ihr Gegenüber unaufhörlich angegrinst hatte, hielt ihrer Cousine nachträglich bissige Vorhaltungen über „den schädlichen Liberalismus der Feudalen, die das niedrige Volk nur zu Annahmen brächte,“ wozu die Gnädige, die genau mußte, was sie wollte, nur gleichgiltig die kräftigen Schultern zuckte.

Die Dame hätte trotz ihres konservativen Hochmuths gar zu gern mit dem Dorfmadel den Platz da getauscht, um sich von den bildhübschen jungen Philologen, der einen echten Kathederfürsten einst abgeben mußte, halten und beschützen zu lassen.

Das that er nun freilich nach Kräften bei Vene, und

nicht eher wieder die Verhandlungen mit den vereinigten Fabrikanten aufzunehmen, als bis diese die Massenkündigungen zurückgenommen hätten. Die Fabrikanten erwiderten, daß sie so lange die Einigungs-Verhandlungen absehten, bis die Wiederaufnahme der Arbeit stattgefunden habe. Mehrere Arbeiter wurden wegen „Aufreizung“ bestraft.

Karwin (Osterr.-Schlesien). Die Lage des Ausstandes hat sich verschärft. Die Anzahl der eingefahrenen Arbeiter ist geringer geworden. Die Aufregung der Arbeiter dürfte durch die erfolgte Kündigung dreier Arbeiter in Bornel neue Nahrung erhalten. Die Arbeiter verhalten sich musterhaft ruhig. Wolffs Tel.-Bureau meldet: 300 Bergleute des Ignazschacht in Emgoth schlossen sich den Ausständigen an. In einer in Abrahim abgehaltenen Versammlung versicherte der bekannte christlich-soziale Geistliche Stojalowski die Streikenden der Unterstützung der Christlich-Sozialen. Die Bergwerksdirektoren beschloßen in einer Konferenz Vorschläge nach Kategorien zu gewähren, und zwar den Häuern 12, den Hundestückern 8, den Schlepfern 6 und den Abrecherinnen 5 Gulden ohne Abzug. Außer den regelmäßigen Abschlagszahlungen lehnen die Werkvertreter jede Konzessionen, insbesondere auf eine schiedsrichterliche Entscheidung und auf Verhandlungen mit dem Streikkomitee gerichtete Verlangen ab. Die Behörden sind fortgesetzt bemüht, die Zwistigkeiten beizulegen (mit Militär und Polizei!). Von einzelnen Werken sind bereits aus Anlaß des Ausstandes Kündigungen erfolgt. Ein Bataillon Infanterie ist im Ausstandsgebiet eingetroffen. (Trotz der Disziplin der Bergleute!)

Kohlentoth herrscht im Ostrauer Revier infolge mangelnder Lager, namentlich auf den Eisenwerken. Es wird daher, wenn der Streik andauern sollte, die Situation kritisch.

Aus Nah und Fern.

Der Landtagsabgeordnete Geh. Regierungsrat a. D. Dr. Brühl, der Freitag Abend an einer Lungenentzündung erkrankte, ist am Sonnabend Abend dieser Krankheit erlegen. Dr. Brühl war am 20. Dezember 1818 geboren und bis zum Jahr 1866, zuletzt als Generalsekretär im Kultusministerium, was der Stellung eines preussischen Unterstaatssekretärs entspricht, im hannoverschen Staatsdienst thätig. Nach der Einverleibung Hannovers war er bis 1868 Direktor des Kultusdepartements bei der hannoverschen Ziviladministration. Seit dem Jahre 1870 vertrat er im Abgeordnetenhaus den 5. Osnabrückischen Wahlkreis (Melle-Isburg). Während einer Legislaturperiode, 1890-93, gehörte er auch dem Reichstage an. Er war der einzige evangelische Hospitant des Zentrums. (Eine ganz kurze Zeit war auch der „alte Gerlach“ Ende der siebziger Jahre als evangelischer Hospitant dem Zentrum beigetreten.)

Berlin. Ein Mädchenmord, der allem Anschein auf Berliner Terrain verübt worden ist, wurde am Sonntag Vormittag gegen zehneinhalb Uhr in Rixdorf entdeckt. Drei junge Leute fanden auf den Köllnischen Wiesen unweit der Stelle, wo vor Kurzem der 11jährige Knabe Willy Burr, dessen Mörder noch immer nicht entdeckt ist, ermordet ist, im Wiesengraben an der Liegnitzerstraße und Straße Nr. 20 die Leiche eines bis auf das Hemd entkleideten jungen Mädchens. Die Todte, die außer einem eleganten Spitzenhemd mit dem Monogramm C. G. nur noch ein Korsett trug, war anscheinend in die ziemlich dünne Eisfläche des Wässerchens gewaltsam hineingestoßen worden, so daß Kopf und Oberleib unter der

Eisfläche lagen, während die Füße hervorragten. Die schnell herbeigeholte Rixdorfer Polizei stellte fest, daß die Todte, ein etwa 20jähriges Mädchen, verschiedene Verletzungen aufwies: einen Stich in die rechte Schläfe, zwei Stiche in die rechte Schläfe und Strangulationsmarke am Halse, darunter Einbrüche, die von einem Fingerringe herzuführen scheinen. Außerdem war das Gesicht der Leiche durch Kratzwunden und Spuren von kräftig geführten Faustschlägen entsetzt. Die Leiche kann erst in früher Morgenstunde am Sonntag nach dem Fundort gebracht sein. Auf der Wiese, unweit des Fundortes wurde eine Wagenspur entdeckt, die nach der Panierstraße, dem Maybach-Ufer, Thielen-Brücke, Kottbuser Ufer bis zur Slogauerstraße verfolgt werden konnte. Einzelne Blutstropfen, die sich zwischen dieser wohl von einem zweirädrigen Schiebkarren herrührenden Spur verfolgen ließen, deuten darauf hin, daß der Transport der Leiche mittels dieses Fuhrwerkes nach dem Wiesengraben erfolgt ist. Nach anderer Mitteilung hat man Blut bei dieser Wagenspur nicht gefunden. Das Blut, das man nur in geringer Menge an der Leiche fand, war bereits geronnen. Hemd und Korsett waren nicht mit Blut besudelt, das Mädchen ist also wohl erst nach der Ermordung ausgekleidet worden. Der Tod war nach dem Gutachten des Polizeiarztes etwa vier Stunden vor dem Auffinden der Leiche eingetreten. Am Montag Morgen ist die Todte als die 1875 zu Berlin geborene Clara Galle rekonozitiert worden, die zuletzt in Rixdorf, Zietenstraße 60, bei ihrem Schwager, einem Former Jaedicke, wohnte. Das Mädchen, das von seinen Bekannten als durchaus ordentlich geschildert wird, war bis zum 15. Februar in der Eulmstraße 18 in Dienst und zog dann zum Schwager nach Rixdorf. Herrenbekanntschaft soll es bis dahin nicht gehabt haben. Am Donnerstag Nachmittag verließ Clara Galle gegen 4 Uhr ihre Wohnung und begab sich in die Eubrystraße, um dort den Arbeitsmarkt einzusehen. Von diesem Ausgange ist sie nicht zurückgekehrt. Ihr Schwager hatte sie gleich am Freitag auf dem Rixdorfer Amtsbüreau als verschwunden gemeldet, doch blieben die Nachforschungen ohne Erfolg. Von dem Mörder hat man noch keine Spur, ebenso wenig von dem Verbleib der Kleider.

Die vorzeitige Veröffentlichung des kaiserlichen Gnaden-erlasses vom 18. Januar wird, wie ein Berichterstatter schreibt, nun thatsächlich den Gegenstand eines Strafprozesses bilden. Die Anklage, welche gegen die Buchbinder Hillat, Schunet und Fetsche erhoben ist, lautet auf Diebstahl bezw. Fehleri (!) Die Vertheidigung der Angeklagten hat Rechtsanwalt Freudenthal übernommen.

Hammerstein, Stöcker, National Theater und Polizei präsidium. „Die hiesigen Direktoren haben es nicht so leicht, wie ihre Kollegen in der Provinz,“ so wird dem „Hannoverschen Theater-Kurier“ aus Berlin geschrieben. Das sensationelle Schauspiel „Die Moralisten“ von Friedrich Pastor ist von Herrn Direktor Max Samst für das National-Theater zur Aufführung angenommen worden. Vom Polizeipräsidium wurde Herrn Samst nun die Ausführung gestattet, jedoch unter den Einschränkungen, welche das nachfolgende vom 15. Februar d. J. datirte Schreiben des Königl. Polizeipräsidiums näher bezeichnet: „Genehmigt für das National-Theater mit Ausnahme der roth durchstrichenen Stellen mit der Maßgabe, daß der Name von Hammerstein durch einen anderen Namen zu ersetzen ist, und der Darsteller dieser Rolle die Maske des Freiherrn von Hammerstein nicht tragen darf. Eben so wenig darf der Darsteller des Konsistorialraths Wesentheid die Maske des Hofpredigers a. D. Stöcker und der Herzog die Maske Sr. Majestät des Kaisers und Königs tragen.

den zugefrorenen, schmalen Bach führte, und blickte das Mädchen immer forschender an, das auf all die teufeligen Fragen immer konfusere Antworten gab und schließlich, hocherröthend in Verwirrung und Zerstreutheit, ganz zusammenbrach.

„Sag' mal, Kind, was geht mit Dir vor?“ forschte sie mütterlich.

In ihrer rathlosen Verlegenheit griff Vene nach dem ersten besten, was ihr durch den Kopf ging, und erzählte von der tiefen Kränkung, die ihr von Seiten der hochmüthigen Bäuerin eben geschehen.

Die schönen Zähne der Schlossherrin blinkten aus den vollen Lippen hervor. „Immer die alte Mär,“ lächelte sie in sich hinein. „Also doch,“ schloß sie sehr zufrieden und schüttelte das Schneepulver von sich ab, das die verkrüppelten Birnbaumäste eben auf sie herabsandten, da ein leiser Wind die Krone schaukelte. Die scharfsichtige Frau von Welt hatte sich vor dem Dorfkinde eben überlisten lassen.

Die Mutter Kröger lag in unruhigem Schlaf mit fiebertrockenen Lippen, als die Gnädige eintrat.

Es war kein schöner Anblick, die ganz verschrumpte Mumie, deren Altfräulein das schneeweiße Haar ungekämmt wie lange Borsten umstarrte, während der Unterkiefer vor Schwäche heruntergesunken war, und die lechzende, graubelagte Zunge alle Augenblicke sich über den eingefallenen Mund zog.

Die Baronin war aber eine Frau mit gesunden Nerven und tapferem Herzen. Sie schritt muthig bis an das Bett heran, schaute weder vor der dumpfen Bruthike zurück, die der überheizte große Kachelofen ausströmte, noch entsetzte sie sich vor dem zerrütteten Zustand des sehr wenig sauberen Krankenlagers.

(Fortsetzung folgt.)

Schließlich darf der Dragonerlieutenant nicht in Original-Uniform austreten.“

In gräßlicher Weise verstimmt würde am Sonnabend in Spandau ein Geselle des Wurstfabrikanten Görner. Dem 19jährigen Menschen, der an dem durch Gaskraft betriebenen großen Wiegemeßer beschäftigt war, wurden von dem scharfen Instrument beide Unterarme abgetrennt. Der Unglückliche verlor angesichts dieser entsetzlichen Verletzungen nicht die Besinnung.

Posen. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich in der Brennerlei zu Neugörzig im Kreise Schwerin an der Warthe. Als bei der Revision der Brennerlei der Obersteuerkontroleur Kemelski und der Steuerkontroleur Krubák den Gährraum betreten, fielen sie sofort besinnungslos nieder. Krubák war auf der Stelle erstickt, während Kemelski sich wieder erholt.

Von einem unliebsamen Familienereigniß erzählt der „Schwarz. Post“. In Degerloch sei die Frau eines weißen Schriftsetzers mit einem Negerkind niedergekommen. Der Fall ist mysteriös, aber nicht ganz unerklärlich. Die Frau war vor ihrer Verheirathung Köchin im „Löwen“, dort war ein Neger als Kellner angestellt. Das Nähere erfährt man vielleicht in der Scheidungsklage, die der Schriftsetzer, gestützt auf das schwarze corpus delicti, angestrengt hat.

Standesamtliche Nachrichten

vom 23. bis 29. Februar 1896.

Geburten.

a) Knaben. Namen und Beruf des Vaters.

Februar 18. Arbeitsmann Joachim Friedrich Johann Neßhöft. Buchhändler Heinrich Friedrich Christoph Wape. Arbeitsmann Carl Friedrich Jod. 20. Arbeitsmann Ludwig Heinrich Johann Bruhn. Eisenbahnbremser Christian Carl Wilhelm Jahl. Arbeitsmann Wilhelm Johann Heinrich Dahme. Buchhalter Gustav Wilh. Gueh. 23. Cigarrenfabrikant Michaelis Karstat. Elementarlehrer Johannes Joachim Heinrich Meyer. Schlossergeselle August Joseph Nieder. Arbeitsmann Ludwig Heinrich Wilhelm Krosch. 24. Arbeitsmann Hirsch Ludwig Müller. Dampfschiffs-Maschinenist Wilhelm Heinrich Ludwig Eduard Kemple. Handelsmann Adalbert Szobryanski. 25. Arbeitsmann Friedrich Adolph Christian Martin Koop. Lokomotivführerlehrling Karl Heinrich Wilhelm Thiel. Arbeitsmann Caspar Hinrich Friedrich Latendorf. Kaufmann Johann Joachim Heinrich Dieck. Arbeitsmann Johannes Paul Wilhelm Schwarz. 26. Bäcker Carl Gustav Friedrich Dose. 27. Schornsteinfegergeselle Heinrich Johann Peter Müller. Stellmacher-geselle Johannes Caspar Heinrich Käth. Arbeitsmann Albert Gustav Heinrich Boldt. Weichensteller Ludwig Hinrich Friedrich Müller. Handlungsgehilfe Christel Johannes Hinrichsen. 28. Dienstmann Carl Johann Jaack.

b) Mädchen. Namen und Beruf des Vaters.

Februar 16. Tischlergeselle Carl Friedrich Max Georg Villhardt. 17. Kaufmann Ephraim Isidorer Schugmann Johann Joachim Friß Grandow. 18. Schlosser Friedrich Wilhelm Julius Blüthgen. 19. Kaufmann Christian Anton Louis Schweighoff. 20. Damenschneider Bernhard Johannes Heinrich Meyerhoff. Maschinenhelfer Heinrich Christoph Emil Niemeyer. 21. Tischler-geselle Heinrich Johann Jürgen Stetenbühr. 22. Steuermann Carl Wilhelm Kröger. 23. Kaufmann Friedrich Carl Wilhelm Thorsben. 24. Arbeitsmann Hermann Johann Christian Wohlert gen. Orban. Arbeitsmann Friedrich Johann Carl Häbner. 25. Zimmergeselle Fritj Heinrich Schlichting. Schmied Hermann Heinrich August Rhode. Schlachtermeister Louis Gustav Duret. 26. Arbeitsmann Joachim Heinrich Stegmann. Lehrer an der Gewerbeschule Maximilian Joseph Wegger. 27. Kaufmann Johann Heinrich Evers. Mechaniker Daniel Wilhelm Johannes Jacobsen. Arbeitsmann Johann Franz Conrad Langhans. Wilhelmshöhe. 28. Buchdruckergehülfe Carl Gustav Theophil Jahrmack.

Sterbefälle.

Februar. 22. Privatmann Johann Nicolaus Conrad Westendörpf, 89 J. Johanna Justina Catharina geb. Kröger, Wittwe des Arbeitsmannes Christian August Wilhelm Rupnan, 67 J. 23. Ein Mädchen 2 J., W.: Tischlergehülfe Heinrich Johann Jürgen Stetenbühr. Brigitte Elisabeth geb. Callisen, Ehefrau des früheren Apothekers Johann Casimir Caspiens, 54 J. Helene Auguste geb. Lehnert, gesch. Herrmann, Ehefrau des Kaufverlegers Otto August Adolf Rosahl, 26 J. Marie Charlotte Wilhelmine geb. Stolte, Ehefrau des Rentiers Nikolaus Johannes Gerhard Fasshäber, 58 J. 24. Ein todtgeb. Knabe, W.: Schuhmachergeselle Joachim Heinrich Bedmann. 25. Träger Hartwig Hinrich Hildebrandt, 64 J. Alnus Ludwig Müller, 1 J. Arbeitsmann Joachim Heinrich Eggers, 74 J. 26. Carl Heinrich Wilhelm Johannes Stetenbühr, 1 J. Margarethe Catharina Elisabeth geb. Martens, Wittve des Arbeitsmannes Friedrich Christoph Bagels, 66 J. 27. Paul Friedrich Hermann Stamer, 3 W. Kaufmann Heinrich Oskar Dominik, 55 J. Wilhelmine Christine Frida Luise Martens, 2 W. 28. Kassirer der Gewerbebank Anton Johann Dietrich Scheel, 73 J. Döbshändler Hinrich Christian Bernhaab Corbs, 89 J. 29. Emma Doris Sophia geb. Schmil, Ehefrau des Schuhmannes Christian Friedrich Johann Ribbe, 24 J.

Ungeordnete Aufgebote.

Februar. 24. Musiker Carl Rudolph Neumann und Anna Elisabeth Boss. Arbeiter Johann Stopowski und Amalie Kalowsh. 25. Musiker Carl Hermann Ludwig Gottschall und Bertha Maria Margaretha Wepphal. Kutscher Carl Johann Heinrich Caueremann und Caroline Luise Anna Maria Reiter. Obergärtner Carl Hubert Paul Gottsch und Frida Wittger. Arbeiter Gustav Carl Heinrich Wilhelm Döring und Elisabeth Maria Friederike geb. Burmeister, des Cigarrenarbeiters Johann Heinrich Freimuth Wittve. Maurergeselle Emil Friedrich Bonke zu Puzig und Hulda Luise Böllmer zu Jägerburg. 26. Arbeiter Heinrich Hermann Hagen und Anna Margaretha Dorothea Wagener. Arbeiter Heinrich Friedrich Wilhelm Schaber und Karoline Sophia Christine Leopold. 28. Kupferschmied Heinrich Friedrich Müller und Christine Marie Friederike Wilhelmine Hjorch. Buchhalter August Wilhelm Otto zu Braunschweig und Caroline Dorette Magdalena Agnes Menzel. 29. Pumpenmacher Alexander David Rudolph Sievers zu Mönkhagen und Henriette Auguste Ernestine geb. Soosmann, des Fleischauteurs Wilhelm Buchholz Wittve. Bureauchef Robert Spiegeler zu Hamburg und Elise Martens.

Eheschließungen.

Februar. 26. Kaufmann Otto Georg Albertus Reimers zu Hamburg und Johanna Charlotte Wilhelmine Nicolai. 27. Konzertsänger-gesellschaftsdirektor Michael Elmann und Filanda Plattner. 28. Arbeiter Ludwig Christian Friedrich Baumann und Catharine Marie Sophie Schriever zu Jügelshorf. 29. Maurergeselle Joh. Bernhard Heinrich Haaren und Emma Friederike Dorothea Maria Hartig. Maurergeselle Georg Carl August Stranz und Catharina Maria Elisabeth Sabel.